

BASLER FREISINN

Selber entscheiden.

Aufbruch national und kantonal

Der Vorstand dankt Petra Gössi für ihren grossen Einsatz und freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten Thierry Burkart. **Seite 3**

Parolen, Termine 2022

Seite 3

Riehen wählt Einwohner- und Gemeinderat

Wie die FDP Riehen sich für die Gemeindewahlen vom 6. Februar 2022 aufstellt. **Seiten 4, 5**

Interview mit Gemeinderätin Silvia Schweizer

Unsere erfolgreiche Gemeinderätin Silvia Schweizer ist bereit für vier weitere Jahre. **Seite 6**

Der 4. Parteitag vom 25. Oktober 2021

Welche Parolen die Mitglieder zu den eidgenössischen und kantonalen Vorlagen fassten. **Seite 7**

Rückblick auf das «Barbecue radical»

Am 4. September stiessen wir in Riehen auf «100 Tage neuer Vorstand» an. **Seite 8**

«Echte» Wohnschutzinitiative ist extrem

Das ist das eine gefährliche und unnötige Initiative und muss abgelehnt werden. **Seite 8**

Aus den Sektionen

Seiten 9, 10

Neuer Vorstand FDP Frauen Basel-Stadt

Seite 10

Ungenügender Legislaturplan

Fraktionschef Erich Bucher zur Legislaturplanung 2021–2025 der Regierung. **Seite 11**

Jungfreisinnige gegen «Lex Netflix»

Seite 12

Aberau

Seite 12

Riehen wird den Wahlzyklus eröffnen

Am 6. Februar 2022 geht es los



Fotos Edwin Tschopp

Mit den Gemeindewahlen in Riehen vom 6. Februar 2022 geht der neue Wahlzyklus los. Unsere erfolgreiche Sektion FDP Riehen geht mit der bisherigen Gemeinderätin Silvia Schweizer und 40 qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten in den Kampf um die Sitze. Im Jahr 2023 geht es dann bereits wieder um die nationalen Wahlen. – Wir sind bereit.

Inhalt

- 3 Aufbruch zu neuen Taten
- 4/5 Unsere erfolgreiche Politik weiterführen
- 6 Interview mit Silvia Schweizer
- 7 4. Parteitag vom 25.10.
- 8 Vermischtes
- 9 Aus den Sektionen
- 10 Aus den Sektionen/
Freisinnige Frauen
- 11 Ungenügender Legislaturplan
- 12 Gegen die «Lex Netflix»/Aberau
- 13 Beat Walz kämpft für das
Covid-19-Gesetz
- 14/15 Acht Neugewählte ziehen
Bilanz zur Legislatur-Halbzeit
- 16/17 Interview mit dem neuen
Präsidenten Thierry Burkart
- 18 Gegenvorschlag schlägt
Pflegeinitiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter
im Interview
- 20 Innovative Unternehmen:
Suisse Frame
- 21 Gastbeitrag von Laura Bircher
- 23 Vermischtes

Kantonaleil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel
T: 079 937 39 94 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch



Den liberalen Aufbruch wagen Gemeinsam kämpfen wir für eine freisinnige Schweiz

Liebe Freisinnige

Seit meiner Wahl zum Präsidenten der FDP Schweiz haben mich zahlreiche Glückwünsche und positive Nachrichten erreicht. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinem Team die FDP in die Zukunft zu führen. Auf uns wartet eine herausfordernde Aufgabe, doch wir sind überzeugt: Die Schweiz braucht einen kompetenten, einen konstruktiven, einen starken Freisinn – heute mehr denn je! Wir wollen das liberale Feuer neu entfachen und unsere Vision einer freisinnigen Gesellschaft, einer freisinnigen Wirtschaft und eines freisinnigen Staates verteidigen.

Ja zum Covid-Gesetz

Durch die Corona-Pandemie wurden viele Freiheiten eingeschränkt. Mit der Impfung verfügen wir mittlerweile über ein wirksames Instrument zur Überwindung der Krise. Bis die Impfquote hoch genug ist, hilft das Covid-Zertifikat erneute Schliessungen zu verhindern. Die FDP hat sich deshalb klar für ein Ja zum Covid-Gesetz am 28. November ausgesprochen.

Unser Rechtssystem ist ein zentraler Pfeiler des Staates. Die Justizinitiative will das bewährte System auf den Kopf stellen und Bundesrichter im Losverfahren bestimmen. Die FDP lehnt diese Initiative ab, weil unsere Justiz keine Lotterie ist und die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter keineswegs gefährdet ist.

Die Pflegeinitiative nimmt hingegen ein begründetes Anliegen auf, sie geht allerdings zu weit. Die FDP unterstützt deshalb den Gegenvorschlag, der die meisten Elemente der Initiative aufnimmt und

bei einem Nein automatisch in Kraft tritt. Mehr zu den Abstimmungen vom 28. November lesen Sie auf den Seiten 17, 18 und 19.

Zwei starke Initiativen

Meine Vizes und ich wollen auch die Zukunft der Schweiz mit liberalen Lösungen gestalten. Gute Beispiele sind die Renteninitiative und die Initiative für die Individualbesteuerung der FDP Frauen. Beide Volksbegehren stehen für freisinnige Grundprinzipien: die Renteninitiative für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige und damit solide Finanzierung unserer Altersvorsorge und die Individualbesteuerunginitiative für die freie Lebensgestaltung, ohne staatliche Benachteiligung.

Es braucht alle Freisinnige

Mein Team und ich sind motiviert und überzeugt, hervorragend miteinander zu funktionieren. Selbstverständlich gehören aber alle Mandatsträgerinnen und -träger und liberal engagierten Personen über alle Stufen – vom Parteivorstand über die Fraktion und die Kantonalparteien bis hin in die Ortsparteien – zum Team FDP. Wir sind auf jede und jeden Einzelnen von Ihnen angewiesen, wenn sich das liberale Feuer, das in uns brennt, weiter ausbreiten soll – in den Städten, auf dem Land, in allen Teilen der Gesellschaft, in sämtlichen Sprachregionen. Lasst uns gemeinsam den liberalen Aufbruch wagen!

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Aufbruch zu neuen Taten

Präsidium FDP.Die Liberalen Basel-Stadt



Foto Bita Gerami

Nationale Wahlen gut vorbereiten

In zwei Jahren sind bereits wieder nationale Wahlen und wir müssen mit einer gut vorbereiteten nationalen Strategie unsere Stellung verteidigen. Auch wir im Vorstand machen uns bereits Gedanken, mit welchen Exponenten und in welchen Verbindungen wir in den Nationalratswahlkampf im Herbst 2023 ziehen sollen und wollen. Das grosse Problem dabei: Basel-Stadt wird nur noch 4 statt 5 Nationalratssitze haben. Es wird ein harter Kampf.

Für die Individualbesteuerung

Für unsere Partei, die das selbstständig handelnde Individuum in den Mittelpunkt stellt, ist die Einführung der Individualbesteuerung sowohl auf nationaler als auch kantonaler Ebene eine logische Konsequenz. Deshalb unterstützt der Vorstand diese Fiskalreform, welche eine echte Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau darstellt.

Machen Sie mit!

Wir suchen immer wieder Leute, die sich für Parteilarbeit zur Verfügung stellen, sei es im Bereich Schule, Vorstand von Sektionen, Teilnahme in Arbeitsgruppen oder sei es für eine Kandidatur für Wahlen. Wir laden Sie hiermit ein, sich per Mail oder Telefon bei uns zu melden. Wir werden sehen, wie wir für Sie gemäss Ihren Wünschen einen Einsatz vornehmen können.

Schöne Festtage!

Im Namen des Vorstandes wünschen wir Ihnen und Ihren Lieben einen schönen Jahresabschluss und ein hoffentlich Covid-freies Jahr 2022. Danke, dass Sie sich für unsere Partei einsetzen und mit-helfen, zu alter Stärke zurückzufinden.

Johannes Barth, Präsident
Eva Biland, Vizepräsidentin
Elisa Schäfer, Vizepräsident

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch

Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

Parolen

Der Parteitag empfiehlt Ihnen diese Parolen für die Abstimmungen vom 28. November 2021:

Eidgenössische Vorlagen

Pflegeinitiative: Volksinitiative «Für eine starke Pflege»

NEIN

Justizinitiative: Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren»

NEIN

Covid-19-Referendum: Änderung des Bundesgesetzes über gesetzliche Grundlagen und Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie

JA

Kantonale Vorlage

Wohnschutzinitiative: Kantonale Initiative «Ja zum echten Wohnschutz»

NEIN

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

2021

13. November 2021 FDP Urban, Anlass in Freiburg
«Cities of tomorrow»

2022

17. Januar 2022	1. Parteitag
6. Februar 2022	1. Wahlgang Riehen
13. Februar 2022	Eidg. Abstimmung
20. März 2022	2. Wahlgang Riehen
25. April 2022	2. Parteitag
15. Mai 2022	Eidg. Abstimmung
22. August 2022	3. Parteitag
25. September	Eidg. Abstimmung
24. Oktober 2022	4. Parteitag
27. November 2022	Eidg. Abstimmung

Nach dem Wechsel im Präsidium und im Vorstand bei unserer Kantonalpartei hat nun auch auf nationaler Ebene ein Wechsel stattgefunden. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und den Aufbruch mit dem neuen Team um Präsident Thierry Burkart.

Danke, Petra Gössi!

Aber zuerst gebührt natürlich der scheidenden Präsidentin und Nationalrätin **Petra Gössi** unser Dank und unsere Anerkennung für ihre unermüdliche Arbeit während 5 Jahren an der Spitze unserer Partei. Sie hat in einer nicht einfachen Zeit die Partei geführt und ihr ein Gesicht gegeben.

Guten Start, Thierry Burkart!

Wir gratulieren Ständerat **Thierry Burkart** herzlich zur Wahl zum FDP-Präsidenten und wünschen ihm und seinem Vorstandsteam viel Fortüne beim Führen des FDP-Schiffs. Die Unterstützung durch unseren Vorstand ist ihm sicher, denn wir wollen gemeinsam aufbrechen zu neuen Taten.

Riehen wählt im Februar 2022

Die engagierte FDP Riehen hat als einzige Sektion während der letzten kantonalen Wahlen stimmenmässig zugelegt. Dieses erfreuliche Resultat ist eine gute Motivation für die am 6. Februar 2022 anstehenden Gemeindewahlen. Wir steigen mit unserer hervorragenden Gemeinderätin Silvia Schweizer und einer Liste von bestens für den Einwohnerrat qualifizierten Damen und Herren in den Wahlkampf. Mehr über die Riehener Wahlen lesen Sie auf den Seiten 4 und 5.

6 unserer Kandidierenden



Pascale Alioth

1972, Executive Assistant
to the Chief People &
Organization, Vorstand
FDP Riehen-Bettingen



Carol Baltermia

Einwohnerrat, bisher
1985, MLaw, Head Legal
Compliance Roche Basel Site,
Präsident der FDP Riehen-
Bettingen



Marcel Hügi

Einwohnerrat, bisher
1963, Leiter Integration
Bürgerspital Basel



Elisabeth Näf

Einwohnerrätin, bisher
1955, Einwohnerrätin,
Fraktionschefin FDP Riehen,
Bürgerrätin Riehen



Barbara Näf

1983, Hausfrau und Mutter,
dipl. Pflegefachfrau HF, Vor-
stand FDP Riehen-Bettingen



Dieter Nill

Einwohnerrat, bisher
1954, Geschäftsinhaber

Unsere erfolgreiche Politik weiterführen

Riehener Wahlen am 6. Februar 2022

Aufgrund der Anstrengungen der bürgerlichen Mehrheit in Riehen während der letzten Jahre steht die Gemeinde heute auf solidem Boden. Dazu haben wir von der FDP. Die Liberalen Riehen-Bettingen mit unseren Vertreterinnen und Vertretern im Gemeinderat und im Einwohnerrat wesentlich beigetragen.

Fortschrittliche und weitsichtige Politik sichern

Die grössten Herausforderungen, wie den Gemeindehaushalt im Lot zu halten, den Anschluss an die digitale Transformation zu schaffen, das Basler Energiegesetz umzusetzen (mittels zwei geplanter Geothermiebohrungen) sowie die Schulraumentwicklung, haben wir frühzeitig angegangen.

Gleichwohl gilt es, weiterhin mit einer soliden bürgerlichen Politik den Erfolg der Gemeinde Riehen für die nächsten Generationen sicherzustellen. Wir Riehener Freisinnigen legen unseren Fokus hierfür auf eine vorausschauende Politik, welche den Handlungsspielraum unserer Gemeinde auch weiterhin gross halten soll.

Unsere drei Schwerpunkte für Riehen

In unserer politischen Tätigkeit im Gemeinderat und im Einwohnerrat setzen wir uns in den kommenden vier Jahren für diese drei Schwerpunkte ein:

1. Bildung und Schulraumplanung,
2. lokales Gewerbe,
3. Siedlungsentwicklung und Infrastruktur.

1. Schwerpunkt: Bildung und Schulraumplanung

Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren wieder mehr junge Familien nach Riehen gezogen. Dazu beigetragen hat die hohe Lebensqualität im grünen Dorf, die Nähe zur Stadt Basel und das vielfältige Angebot in Riehen. All diese Eckpfeiler des Erfolgs gilt es aufrechtzuerhalten.

Besonders im Fokus stehen aber die Gemeindeschulen, welche aufgrund der beschriebenen erfreulichen Tendenz aus den Nähten zu platzen drohen. Frühzeitige Investitionen in neuen Schulraum, wie sie unsere Gemeinderätin Silvia Schweizer angestossen hat, sind daher zwingend.

Ebenso notwendig ist aus Sicht der Freisinnigen aber auch die Investition in die Qualität der Bildung. Nur Bildung schafft Erfolge in der Zukunft und verhilft sozial schwächer Gestellten zu Aufstiegschancen. Wir setzen uns daher mit Überzeugung und aller Kraft für eine starke und leistungsstarke Schule ein.

Dazu gehören sowohl die Digitalisierung in den Schulen, attraktive Angebote der Tagesbetreuung, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, aber auch die Durchsetzung von Leistungsstandards. Unzweifelhaft ein Erfolg der freisinnigen Bemühungen war die Wiedereinführung von Einführungsklassen in Riehen. Die integrative Schule droht zunehmend an Grenzen zu stossen, wodurch der Bildungserfolg der Mehrheit der Schülerinnen und Schüler gefährdet wäre.

Dies darf nicht zugelassen werden, denn die Volksschule soll nicht nur den Leistungsschwachen helfen, sondern alle fördern.

2. Schwerpunkt: Das lokale Gewerbe fördern

Riehen soll kein reines Wohn- und Schlafdorf werden, sondern auch viele lokale Arbeitsplätze bieten. Damit diese Zielsetzung erfüllt werden kann, bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen.

Wir erwarten, dass am Hörnli endlich die ausgedehnte Gewerbezone bebaut werden kann, damit dem einheimischen Gewerbe wie auch den Zuzüglern der notwendige Platzbedarf ohne Beeinträchtigung des Wohnraums zur Verfügung steht.

Zudem muss die Gemeinde steuerlich aber auch infrastrukturell konkurrenzfähig bleiben. Gewerbebetriebe benötigen Nutzflächen, Parkplätze und Zubringermöglichkeiten und verursachen teilweise Immissionen. Dies gilt es politisch zu berücksichtigen und solche Flächen sind im Rahmen der Ortsplanung auch in Zukunft zu erhalten.

Ein gutes Beispiel für die bürgerliche Politik in diesem Bereich ist die seit vielen Jahren bewährte Parkkarte für Riehen, welche für Anwohner/innen nur CHF 40 für 5 Jahre, respektive CHF 50 pro Jahr für Angestellte kostet. Sie ist Ausdruck einer ideologiefreien Verkehrspolitik, von welcher sowohl die Einwohnerinnen und Einwohner als auch das Gewerbe profitieren.

3. Schwerpunkt: Infrastruktur- und Ortsplanung

Den dritten Schwerpunkt legen wir Riehener Freisinnigen auf die intelligente Planung der Hauptinfrastruktur und der damit verbundenen Ortsplanung der Gemeinde. Zwei aktuelle grosse Brocken, die wir anpacken müssen, sind erstens die Entwicklung der letzten grossen Baulandreserve im Stettenfeld sowie der Doppelspurausbau der Wiesentalbahn durch den Riehener Ortskern. Hier wollen wir uns für tragbare, vernünftige Lösungen einsetzen.

S-Bahn-Ausbau mit Augenmass

Zum Thema S-Bahn-Ausbau hat die FDP Riehen kürzlich eine Petition gegen einen oberirdischen Doppelspurausbau durch das historische Dorfzentrum lanciert. Wir fordern, dass ein allfälliger Ausbau der Wiesentalbahn durch eine Untertunnelung realisiert werden solle. Dies hätte die grossen Vorteile, dass einerseits die Verkehrssituation in Riehen stark verbessert und andererseits der Wegfall des heutigen Bahntrasses neue Nutzungen ermöglichen würde.

Mit der Petition sollen insbesondere die Basler Regierung und der Bund in die Pflicht genommen werden. Wir wollen verhindern, dass Riehen durch die Bahnlinie und die geschlossenen Barrieren noch weiter zerteilt wird.

In diesem Kontext muss erwähnt werden, dass die Basler Regierung bereits im Jahre 2008 in einer Antwort auf einen Vorstoss von unserem alt Grossrat Bruno Mazzotti festgestellt hatte, dass eine Untertunnelung baulich und betrieblich realisierbar wäre. Bereits damals führte der Regierungsrat weiter aus, dass sich im Falle einer Taktverdichtung der S6 die Frage der Untertunnelung der Wiesentalbahn in Riehen stellen werde.

Mit der nun lancierten Petition sollen insbesondere das verantwortliche Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt sowie das Bundesamt für Verkehr daran erinnert werden.

Hohe Wohn- und Lebensqualität erhalten

Die Beibehaltung der hohen Wohn- und Lebensqualität im «grossen grünen Dorf» hängt im Wesentlichen von der künftigen Siedlungsentwicklung ab und ist im Standortwettbewerb entscheidend. Eine massvolle, flächensparende Verdichtung im bebauten Gebiet und die optimale und gezielte Nutzung der vorhandenen Baulandreserven, z. B. im Stettenfeld, tragen dazu bei.

Die Meinungen zur Entwicklung des Stettenfelds gehen in allen Parteien und im Dorf auseinander. Innerhalb der FDP Riehen-Bettingen fand hierzu mit ehemaligen und aktuellen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie dem Vorstand eine intensive Diskussion statt.

Die FDP ist der Auffassung, dass das Stettenfeld

im Wesentlichen dem Wohnen, der Freizeit und Erholung sowie als Platz für Gewerbetreibende dienen soll. Der Einwohnerrat hatte beschlossen, das Gebiet gemäss einem Verteilschlüssel in 55% Bauzone, 35% öffentliche Grünfläche und 10% Freizeit- und Sportanlagen umzuwandeln, was die FDP begrüsst. Notwendig ist aktuell aber, dass sich alle Beteiligten zuerst mit den Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, bevor die Detailplanung angegangen wird.

Konkret bedeutet dies, dass zuerst Fragen wie das Bevölkerungswachstum, die benötigte Infrastruktur für Verkehr (S-Bahn), Energieversorgung und Entsorgung, der Raumbedarf für Schulen und Kindergärten, Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätze angegangen werden. Schnellschüsse basierend auf ideologischen Überlegungen lehnen wir ab. Da Riehen nur noch wenige Entwicklungsgebiete hat, können wir uns keine Fehler leisten. Deshalb ist eine ganzheitliche und vorausschauende Planung unter Einbezug aller absolut notwendig.

Was wir erreichen wollen

Die vorgenannten politischen Schwerpunkte lassen sich nur durch eine starke freisinnige Vertretung im Gemeinderat und im Einwohnerrat realisieren. Deswegen setzen wir uns für die anstehenden Wahlen ambitionierte Ziele. Ausgehend vom lokalen Erfolg bei den letzten Grossratswahlen (ein Plus von 2,5 Prozentpunkten beim Wähleranteil in Riehen) wollen wir auch bei den Gemeindewahlen zulegen und den vor vier Jahren knapp verlorenen sechsten Sitz im Einwohnerrat zurückerobern.

Hierfür plant die Riehener FDP mit einer Liste voll motivierter Kandidatinnen und Kandidaten anzutreten. Unsere bisherigen Einwohnerrätinnen und -räte und die Mitglieder des neuen Vorstandes, welche allesamt kandidieren, stellen wir Ihnen hier nebenstehend näher vor.

Gleichzeitig ist es das Ziel, den Sitz im Gemeinderat mit unserer qualifizierten bisherigen Gemeinderätin Silvia Schweizer zu verteidigen und die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat zusammen mit SVP, LDP und Mitte zu erhalten.

Für den Vorstand der FDP Riehen-Bettingen: Carol Baltermia und Dominik Tschudi

6 unserer Kandidierenden



Zerina Rahmen

1990, dipl. Betriebsökonomin, Unternehmerin, Vorstand FDP Riehen-Bettingen



Bernhard Regli

1959, Ing. FH, Leiter Lehrwerkstatt für Mechanik, Vorstand FDP Riehen-Bettingen



Silvia Schweizer

Gemeinderätin, bisher 1962, Unternehmerin, Präsidentin Frauenverein Riehen, Vorstand FDP Basel-Stadt und FDP Riehen-Bettingen



Dominik Tschudi

1990, Dr. iur., Advokat in einer Wirtschaftskanzlei in Basel, Vorstand FDP Basel-Stadt und FDP Riehen-Bettingen



Stephan Villiger

1972, CEO cica SA, Vorstand FDP Riehen-Bettingen



Andreas Zappalà

Einwohnerrat, bisher 1963, lic. iur., Geschäftsführer HEV BS, Grossrat, Präsident Einwohnerrat



Interview rund um Riehen

Silvia Schweizer – unsere Gemeinderätin



Seit 8 Jahren ist Silvia Schweizer die erfolgreiche Gemeinderätin der FDP Riehen. Sie stellt sich im Februar 2022 für weitere 4 Jahre zur Wahl und beantwortet hier die Fragen von Redaktor Edwin Tschopp.

Basler Freisinn: Sie treten jetzt zur Ihrer 3. Wahlperiode im Gemeinderat von Riehen an. Welches ist Ihre Motivation, weitere 4 Jahre im Gemeinderat tätig sein zu wollen?

Silvia Schweizer: Ich habe unverändert Freude an der Gestaltung und Weiterentwicklung unserer schönen Gemeinde. Zudem habe ich einige Projekte, auch Bauprojekte, welche ich gerne noch zu Ende führen möchte.

Basler Freisinn: Was würden Sie rückblickend auf die letzten Jahre als Erfolge Ihrer Arbeit im Gemeinderat bezeichnen?

Silvia Schweizer: In mehreren bildungspolitischen Themen hat Riehen seit meinem Amtsantritt eine Vorreiterrolle eingenommen. Die Weiterbildung von Kindergärtner/innen mit alter Ausbildung, die Einführung von «A la carte»-Tagesferien und die Öffnung der Tagesstrukturen während der Schulferien sind Beispiele dafür. Seit Schulanfang 2021 gibt es in Riehen wieder zwei Einführungsklassen. Auch in der Familienpolitik sind wir sehr erfolgreich unterwegs. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Wirtschaft zentral und wird von mir prioritär umgesetzt. Die Tagesstrukturplätze haben sich in meiner Amtszeit mehr als verdoppelt und zusätzliche Angebote für Betreuung während der Schulferien werden laufend geschaffen. Die Pausenhöfe der Schulhäuser wurden aufgewertet und für die gesamte Bevölkerung geöffnet.

Von der Gemeinde mit dem höchsten Altersdurchschnitt der Schweiz haben wir es zu einer bei jungen Familien sehr beliebten Gemeinde gebracht.

Obwohl dieser Generationenwandel auch sehr viele Herausforderungen in Bezug auf Schulraum und Finanzen mit sich bringt, bin ich schon sehr stolz darauf.

Basler Freisinn: Wie gross ist der zeitliche Aufwand, den Sie als Gemeinderätin tätigen müssen?

Silvia Schweizer: Mein Ressort Bildung und Familie ist mit rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Budget von 62 Mio. Franken pro Jahr mit Abstand das grösste. Das bedeutet einen Zeitaufwand von mindestens 70% für mich.

Basler Freisinn: Möchten Sie nach der Wahl Ihr Ressort behalten oder sehen Sie einen Wechsel?

Silvia Schweizer: Wie vorhin ausgeführt, ist das Ressort Bildung und Familie das kostenintensivste. Entsprechend wichtig ist mir, dass das Ressort in bürgerlichen Händen bleibt. Der Gemeinderat muss aufgrund seiner neuen Zusammensetzung nach den Wahlen entscheiden, was er für sinnvoll hält.

Basler Freisinn: Welche Aufgaben wollen Sie in Ihrem Ressort weiter vorantreiben?

Silvia Schweizer: Das Thema der integrativen Schule muss in Bezug auf Kosten und Nutzen analysiert werden. Die Kosten für verstärkte Massnahmen laufen aus dem Ruder und sind selbst für eine finanziell gut aufgestellte Gemeinde kaum mehr zu stemmen. Auch das Thema Schulraum wird uns weiterhin beschäftigen. Wir kommen mit dem Erstellen von Kindergärten und mobilem Schulraum aufgrund steigender Schülerzahlen kaum nach. Hier müssen langfristige Lösungen und alternative Ansätze für flexible Nutzungskonzepte gesucht und gefunden und umgesetzt werden.

Basler Freisinn: Wie sehen Sie die aktuelle Diskussion um die doppelspurige S-Bahn?

Silvia Schweizer: Für Riehen ist ein oberirdischer Doppelspurausbau durch den Dorfkern inakzeptabel. Nicht nur, dass in der Schutzzone Häuser, Velowege und Baumalleen dem Ausbau zum Opfer fallen sollen, auch die fünf Barrieren auf 900 Metern wären doppelt so oft geschlossen. Das erzeugt Stau, Lärm und Emissionen und macht Riehen als Wohnort unattraktiv. Hier muss eine intelligentere Lösung für den 15-Minuten-Takt gefunden werden, die auch Riehen mittragen kann. Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen wird, wenn sich alle Betroffenen auf Augenhöhe an einen Tisch setzen.

Basler Freisinn: Wo sehen Sie die weiteren Probleme, die Riehen in den nächsten Jahren lösen muss?

Silvia Schweizer: Riehen hat sich in den letzten Jahren zunehmend zur Wohnstadt entwickelt. Wir brauchen aber auch das lokale Gewerbe und den Detailhandel. Sie versorgen die Bevölkerung mit

Dienstleistungen und Artikeln des täglichen Bedarfs, sie schaffen Arbeitsplätze und Lehrstellen. Diese Symbiose ist allein schon aus ökologischen Gründen anzustreben.

Basler Freisinn: Wo hapert es in der Beziehung Kanton Basel-Stadt – Gemeinde Riehen? Und was kann Riehen für eine Verbesserung tun?

Silvia Schweizer: Wir in Riehen haben gelegentlich das Gefühl, dass die Autonomie unserer Gemeinde von Basel-Stadt nicht immer respektiert wird. Oft geht es da auch ums Geld: Wenn kantonale Beschlüsse gefasst oder Gesetze verabschiedet werden, wollen wir verständlicherweise mitangehört und miteinbezogen werden, denn Riehen – wie auch Bettingen – muss dieselben Beschlüsse oft auch mitfinanzieren und umsetzen. Ein anderes Beispiel ist die Umgestaltung von Kantonsstrassen oder Bushaltestellen in Riehen von Basel-Stadt aus. Da gibt es schon öfter Diskussionen.

Besonders ärgerlich finde ich aber, wenn bei heiklen Projekten eine Einigung zwischen der Kantonsregierung und dem Gemeinderat gefunden werden konnte und sich der Grosse Rat trotzdem darüber hinwegsetzt – siehe Hörnli. Nur gegenseitiger Respekt und Anerkennung der verschiedenen Bedürfnisse und Rollen können Konflikte vermeiden. Deshalb sind der Regierungs- und der Gemeinderat auch regelmässig im Austausch.

Basler Freisinn: Wie soll es nach der für Riehen erfolgreichen Hörnli-Abstimmung nun weitergehen?

Silvia Schweizer: Der Gemeinderat hat sich bei der zuständigen Regierungsrätin Esther Keller dafür ausgesprochen, dass der ursprüngliche Kompromiss erneut dem Grossen Rat vorgelegt wird. Hoffen wir, dass die vorberatende Kommission (UVEK) dieses Vorgehen dieses Mal mitträgt.

Basler Freisinn: Besten Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Wahl.

Silvia Schweizer persönlich

Geburtsdatum: 9. April 1962

Erlerner Beruf: Kaufmännische Angestellte und Informatikerin

Beruf heute: Unternehmerin, Gemeinderätin

Familie: verheiratet, 2 Kinder (25 + 18 Jahre)

Homepage: www.silvia-schweizer.ch

Vereine, Verbände, Ämter: Präsidentin Frauenverein Riehen, Stiftungsrätin Musikakademie Basel, Vorstand FDP Riehen, Vorstand FDP Basel-Stadt

4. Parteitag vom 25.10.

1 kantonale und 3 nationale Vorlagen behandelt

Fotos Tina Barth



Am 4. Parteitag vom 25. Oktober haben im Restaurant Schützenhaus 56 Mitglieder der FDP Basel-Stadt die Parolen für die Abstimmungen vom 28. November gefasst und einen neuen Kassier gewählt.

Stefan Inderbinen ist neuer Kassier

Präsident Johannes Barth dankte der scheidenden Kassierin **Eva Jenisch** mit Blumen für ihre Arbeit. Neu wurde mit grossem Applaus einstimmig der diplomierte Wirtschaftsprüfer **Stefan Inderbinen** als Kassier in den Vorstand gewählt.

Vorlagen für den 28. November 2021

Gesamtschweizerisch kommen die Pflegeinitiative, die Initiative Wahl der Bunderichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren sowie die Änderungen des Covid-19-Gesetzes zur Abstimmung. Kantonal werden die Wählerinnen und Wähler zu einer weiteren Wohnschutzinitiative an die Urne gebeten.

Nein zur Pflegeinitiative

Zur Pflegeinitiative referierten **Daniel Simon** vom regionalen Verband der Pflegefachkräfte und **Markus Trutmann** vom Dachverband der Schweizer Privatspitäler. Da nur ein indirekter Gegenvorschlag des Parlamentes und des Bundesrates vorliegt und kein direkter, kommt es nicht zu einer Doppelabstimmung. Die Frage zur Initiative steht alleine auf dem Stimmzettel. Nach ausgiebiger Diskussion beschloss das Plenum bei 11 Ja, 37 Nein, 5 Enthaltungen die Nein-Parole.

Nein zur Justizinitiative

Die Justizinitiative, welche die Wahl der Bundesrichterinnen und -richter per Losentscheid will, wurde von Anwalt und FDP-Vorstandsmitglied **Dominik Tschudi** vorgestellt. Sie wird sowohl vom Parlament als auch vom Bundesrat abgelehnt. Die Mitglieder folgten der Empfehlung und beschlossen ohne Gegenstimme die Nein-Parole.

Ja zur Covid-Gesetzänderung

Die Änderungen des Covid-19-Gesetzes wurden von Prof. Dr. **Markus Schefer** erläutert. Er ist Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel. Er zeigte die Gesetzeslage auf und empfahl trotz gewisser Bedenken ein Ja, da die Vor-

lage befristet sei. Die Abstimmung zur Covid-19-Gesetzänderung fiel im Anschluss an sein Referat wuchtig aus. Mit 49 Ja gegen 6 Nein und 1 Enthaltung wurde die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur «x-ten» Wohnschutzinitiative

Als letzte Vorlage fasste die FDP die Parole zur kantonalen Wohnschutzinitiative. Nachdem erst kürzlich ein Kompromiss in dieser Sache gefunden wurde, wollen die Linken bereits wieder ein schärferes Gesetz. Dieses Begehren stellte **Jonas Lüthy**, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Basel-Stadt, vor. Die Parteimitglieder fassten einstimmig die Nein-Parole.

Corinna Zigerli, Edwin Tschopp



Straumann Hipp

Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipsarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG / Hardstrasse 92 / 4052 Basel / 061 311 38 60 / info@st-h.ch / straumannhipp.ch

Kasse



Foto Edwin Tschopp

Danke, Eva! Willkommen im Vorstand, Stefan!

Wir danken **Eva Jenisch** für Ihre Arbeit als bisherige Kassierin und wünschen ihr alles Gute. **Stefan Inderbinen** heissen wir im Kreise des Vorstandes herzlich willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Inserieren Sie im Basler Freisinn!

Mit einem Inserat im Basler Freisinn unterstützen Sie die FDP und gewinnen Kunden. Edwin Tschopp weiss mehr: 079 676 51 01.

Barbecue radical

100 Tage neuer Vorstand

Fotos Eva Biland und Lilian Schär



Der Vorstand lud am 4. September zum «Barbecue radical» bei der Eisweiherhütte in Riehen ein und viele Mitglieder folgten der Einladung. Es war ein wunderschöner Samstagabend, bei dem für einmal der persönliche Kontakt unter den FDPlern im Vordergrund stand und nicht das Politische. Die Anwesenden stiessen mit einem frisch gezapften Bier oder einem Glas Weissen auf die «ersten 100 Tage neuer Vorstand» an und genossen Feines vom Grill. Dazu gab es eine launige Rede von Preesi Johannes Barth sowie «böse» Verse der Schnitzelbangg-Gruppe Gryysel an die Adresse der FDP. Sollte eine Tradition werden

Das Gstürm geht weiter

Die «echte» Wohnschutzinitiative ist extrem

Haben wir nicht erst kürzlich darüber abgestimmt?

Ja, vor einem Jahr, am 29. November 2020 hat die Basler Stimmbevölkerung für die Änderungen im Wohnraumförderungsgesetz gestimmt und damit strenge Wohnschutzbestimmungen zugunsten der Mieterinnen und Mieter in Basel-Stadt gut geheissen.

Mieterverband will Wohnungsmarkt verstaatlichen

Nur gerade ein Jahr später, am 28. November 2021, müssen wir wieder über eine Initiative des Mieterverbandes abstimmen, die quasi eine Verstaatlichung des Wohnungsmarktes bedeuten würde.

Eine unnötige und schädliche Zwängerei

Diese Initiative ist unnötig, weil die verschärften Wohnschutzbestimmungen die Mietenden genügend schützen, aber die dringend nötigen Investi-

tionen und einen Ausbau des Wohnangebotes ohne grosse bürokratische Hürden ermöglichen. Diese Initiative ist schädlich, weil sie den ganzen Wohnungsmarkt – mit wenigen Ausnahmen – regulieren und die private Investitionstätigkeit massiv einschränken will. Erfahrungen in Genf und Berlin zeigen, dass Mietzinsen steigen, Wohnungsanzahl schrumpft, private Investoren aussteigen, Sanierungen unterbleiben und die Wohnsubstanz zerfällt. Die verlangte Bewilligungspflicht bei Umbau und Sanierungen trifft besonders ältere Mietende.

Initiative ist eine Missachtung des Volkswillens

Sie wurde lanciert, bevor die beschlossenen schärferen Wohnschutzbestimmungen am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Das ist eine Missachtung des Volkswillens, der Regierung und des Parlaments.

NEIN ZUR
ENTEIGNUNG
VON BASLER
WOHNEIGENTUM.

NEIN

AM 28. NOVEMBER ZUM EXTREMEN
WOHNSCHUTZGESETZ
MIT REGIERUNG UND GROSSEM RAT.

VERNÜFTIGER-
WOHNSCHUTZ.CH

Sektionen

Was läuft?

FDP Riehen-Bettingen

Petition gegen S-Bahn-Doppelspur im Dorfkern

Der Takt der S-Bahnlinie S6 durch Riehen Richtung Lössach und Basel soll auf 15 Minuten angehoben werden. Dazu soll die Bahnlinie durch den historischen Dorfkern von Riehen oberirdisch auf Doppelspur ausgebaut werden.

Was die Unterzeichnenden fordern

- Keinen oberirdischen Doppelspurausbau durch den historischen Dorfkern von Riehen;
- Prüfung von Alternativen, insbesondere einer Tieferlegung oder Untertunnelung der S-Bahn im Bereich Inzlinger- bis Bettingerstrasse.

Die Argumente gegen Doppelspurausbau

Ein oberirdischer Doppelspurausbau im Bereich des historischen Dorfkerns würde Riehen zerschneiden. Neben dem zusätzlichen Lärm würden die hohen Wartezeiten bei den Bahnübergängen (fünf Schranken auf 900m!) verdoppelt, die unbefriedigende Verkehrssituation würde massiv verschlechtert. Der Regierungsrat hatte 2008 in einer Antwort auf einen Vorstoss von alt FDP-Grossrat **Bruno Mazzotti** festgestellt, dass eine Untertunnelung baulich und betrieblich realisierbar wäre. Bereits damals führte der Regierungsrat weiter aus, dass sich im Falle einer Taktverdichtung der S6 die Frage der Untertunnelung der Wiesentalbahn in Riehen stellen werde. Mit der nun lancierten Petition sollen die Kantonsregierung, insbesondere das verantwortliche Bau- und Verkehrsdepartement, und der Bund daran erinnert werden.

Vorteile einer Untertunnelung oder Tieferlegung

Der Wegfall der Bahnübergänge würde die Verkehrssituation für alle Beteiligten (Fussgänger, Velofahrende, ÖV und Individualverkehr) signifikant verbessern. Zudem würde es neue Nutzungsmöglichkeiten (z.B. Grünflächen, Spielplätze, Velowege) auf dem heutigen Bahntrasse ermöglichen. Ebenso würde der Umstieg auf den ÖV weiter gefördert.

Unterstützen Sie die FDP Riehen

Mit Ihrer Unterschrift unter die Petition – auch wenn Sie nicht in Riehen wohnen – unterstützen Sie das Anliegen und helfen mit, dass eine für alle gute Lösung gefunden werden kann. Besten Dank.

Im Namen des Petitionskomitees:
Carol Baltermina, Präsident FDP Riehen

FDP Kleinbasel

Wir setzen unsere Schwerpunktthemen

Der Vorstand der FDP Kleinbasel wurde an der vergangenen Generalversammlung neu aufgestellt. An der ersten Vorstandssitzung wurden die neuen Schwerpunkte und die Verantwortlichkeiten für die Vereinsarbeit definiert.

Die drei Schwerpunktthemen sind: 1. Gewinnung und Vernetzung der Mitglieder und Interessenten; 2. gezielte Kandidatensuche für die nächsten Wahlen; 3. Durchführung interessanter Veranstaltungen für Mitglieder und für die politisch interessierte Kleinbasler Öffentlichkeit. Anregungen zu diesen Schwerpunktthemen nimmt der Präsident jederzeit gerne entgegen.



Besuch der FDP bei der Rhystadt AG

Am 28. Oktober trafen sich über 30 Mitglieder der Basler FDP-Familie auf dem Klybeck-Areal für eine Führung mit dem CEO der Rhystadt AG. **Christian Mutschler** erklärte die Pläne und Ideen auf dem für die ganze Stadt wichtigen Transformationsareal. Beim anschliessenden Apéro wurde intensiv über die zukunftsgerichtete Entwicklung des alten Industrieareals diskutiert und es wurden weitere Ideen gesponnen.

Kleinbasler Fäade-Zieh am 7. Dezember 2021

Am 7. Dezember 2021 um 19 Uhr findet im Restaurant Schafegg bereits zum 14. Mal das beliebte Fondue-Essen der FDP statt. Der Anlass ist bereits gut gebucht, es hat noch wenige freie Plätze. Anmeldung und Details: www.fdp-bs.ch

Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel

FDP Grossbasel West

Gemütlicher «Grill am Rhy»

Am 31. August 2021 fand der alljährliche «Grill am Rhy» statt. 2020 musste dieser aufgrund der Covid-Massnahmen leider abgesagt werden. Es war ein äusserst gemütlicher Anlass, um mit jungen und älteren Freisinnigen bei schönem Wetter und feinen Würsten ein Glas Wein oder Bier am Rhein zu geniessen. Einzig für den Rheinschwumm war es dieses Jahr doch etwas gar kühl, doch der nächste Sommer wird bestimmt wärmer.



Weihnachtessen im Weiherhof

Es freut uns, dieses Jahr unser traditionelles Weihnachtessen weiterführen zu können. Wir treffen uns am 30. November 2021 im Restaurant Weiherhof, Neuweilerstrasse 107 in Basel, zum gemütlichen Beisammensitzen. Die Kosten für das Essen gehen zu Lasten der Teilnehmer, die Sektion übernimmt die Getränke. Wir bitten um ihre Anmeldung bis 26. November 2021 an: Vojin Rakic, E-Mail: 01vojina@gmail.com oder 076 409 83 51.

Vojin Rakic, Co-Präsident FDP Grossbasel West

**NEIN ZU GAMMEL-
HÄUSERN DURCH
INVESTITIONS-
STOPP.**

NEIN

AM 28. NOVEMBER ZUM EXTREMEN
WOHNSCHUTZGESETZ
MIT REGIERUNG UND GROSSEM RAT.

FDP Grossbasel Ost

Apéro riche vom 23. September 2021

Der Vorstand des Quartiervereins FDP Grossbasel Ost hat zum Apéro riche in der Jobfactory eingeladen und es sind 35 Mitglieder dieser Einladung gefolgt. Begrüsst wurden wir durch **Paola Gallo**, CEO der Jobfactory, und **Roger Rittscher**, Chief Sales Officer, welcher uns danach sogleich durch die verschiedenen Stockwerke der Jobfactory führte und dabei Spannendes zu berichten hatte. Die Führung endete im obersten Stock, dem Restaurant der Jobfactory.

Das ganze Restaurant war an diesem Abend ausschliesslich für uns und unseren Apéro reserviert. So konnten wir mit Weitblick übers Gundeli feine Häppli (ich schwärme immer noch vom Tatarburger, lecker) geniessen und uns wieder mal mit unseren Mitgliedern persönlich austauschen. Was für ein Wohlgenuss.

Dazu trug auch die Ansprache von **David Friedmann**, Co-Präsident, bei, der in Reimform zu jeder Person im Raum etwas zu sagen wusste, und endete mit: «So, hebt die Gläser hier am Feste, stösst an, ich wünsch das Allerbeste!» Und so hoben wir die Gläser und wünschten uns nur das Allerbeste.

Danach überbrachte uns die Vizepräsidentin **Eva Biland** die Grüsse der Kantonalpartei. Sie erläuterte uns die Schwerpunktthemen und motivierte nochmals alle, für die FDP einzustehen und positiv in die Zukunft zu blicken. Im Nachgang erhielten wir viele tolle Feedbacks der Teilnehmenden, welche uns stark motivieren. Wir denken, wir alle können noch lange mit einem Lächeln an diesen Anlass zurückdenken. Wir freuen uns auf mehr im 2022!

Isabelle Mati & David Friedmann
Co-Präsidium FDP Grossbasel Ost



Freisinnige Frauen

Der neue Vorstand hat einiges vor



Der neue Vorstand der FDP.Die Liberalen Frauen Basel-Stadt, von links: Elisabeth Näf, Ines Brunner, Tamara Alù, Elisabeth Spreng Troller; Denise Gilli.

Generationenübergreifender neuer Vorstand der FDP.Die Liberalen Frauen Basel-Stadt

An ihrer letzten Generalversammlung haben die FDP.Die Liberalen Frauen Basel-Stadt (FFBS) einen neuen Vorstand gewählt. Marketing- und Kommunikationsfachfrau **Tamara Alù** übernimmt die Funktion als Präsidentin, **Denise Gilli**, Juristin, und **Elisabeth Näf**, Bürgerrätin und Einwohnerin in Riehen, stehen ihr als Co-Vizepräsidentinnen zur Seite. **Ines Brunner**, Fachstellenleiterin Kanton Baselland und Digitalisierungsexpertin, übernimmt die Funktion als Kassierin, **Elisabeth Spreng Troller**, Unternehmerin, ist Beisitzerin.

Für diese Werte stehen wir ein

Die Foto vor der Helvetia am Rhein – kein Zufall. «Helvetia auf Reisen» gönnt sich eine Pause, zeigt sich nachdenklich und schaut über die Grenzen hinweg. Symbolische Werte, welche die FFBS künftig vermehrt umsetzen möchten. Innezuhalten, Bestehendes hinterfragen und über die Grenzen hinwegzuschauen, auch über Kantons- und Parteigrenzen – um dann richtig loszulegen. «Wir haben viele Frauen innerhalb der Partei, die sich bereits politisch aktiv engagieren. Wir möchten die Frauen inner- und ausserhalb der Partei besser vernetzen und ihnen dadurch die Möglichkeit geben, aktiver und sichtbarer zu werden», erklärt Tamara Alù.

Als ehemalige Leiterin von Abstimmungskampagnen habe sie bemerkt, dass die Frauen oft in der Unterzahl sind und somit auch weniger wahrgenommen werden. Das soll sich ändern. Denn in den nächsten Jahren stehen wichtige Debatten an, wie

die Volksinitiative zur Individualbesteuerung, welche die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz lanciert haben.

Frauen und Arbeitsmarkt, Sicherheit

«Die Förderung der Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt ist ein wichtiger liberaler Grundpfeiler der Gleichstellung. Die Individualbesteuerung setzt genau dort an», meint Elisabeth Näf. «Ein Anliegen von uns sind sicherheitsspezifische Themen wie Gewalt im öffentlichen und privaten Raum», ergänzt Denise Gilli.

Alle Generationen im Vorstand vertreten

In der neuen Zusammensetzung des Vorstandes fällt der Altersunterschied auf. 41 Jahre trennen die Jüngste des Vorstandes, Tamara Alù, und Elisabeth Spreng Troller (war ab Gründungsjahr 1994 bis 2001 im Vorstand FFBS). Der neue Vorstand will Frauen jeden Alters ansprechen und generationenübergreifend politisch wirken.

Für die Individualbesteuerung

Mehr Informationen zur Individualbesteuerung sowie die Möglichkeit, diese zu unterstützen, gibt es hier: www.individualbesteuerung.ch

Die FDP.Frauen Basel-Stadt planen demnächst Unterschriftensammlungen für die Individualbesteuerung und freuen sich über helfende Hände. Interessierte melden sich bitte bei Präsidentin Tamara Alù, tamara.alu@outlook.com. Besten Dank für eure Unterstützung!

Tamara Alù, Präsidentin FFBS

Ungenügender Legislaturplan

FDP-Fraktionschef Erich Bucher nimmt Stellung



Anlässlich der Behandlung des Legislaturplanes des Regierungsrates 2021–2025 durch den Grossen Rat hat FDP-Fraktionschef Erich Bucher kritisch Stellung bezogen. Andere Nichtregierungsparteien wie die SVP oder Basta/Grüne haben sich zurückgehalten. Hier die Stellungnahme der FDP-Fraktion.

Der FDP fehlt einiges im Plan

Der Legislaturplan des Regierungsrates formuliert wichtige Anliegen für die kommenden Jahre und nimmt mit den Schwerpunkten Pandemiebewältigung, Digitalisierung und Klimaschutz drei Themen auf, die für die nächsten Jahre von zentraler Bedeutung sein werden.

Zwar sind einige im Legislaturplan genannte Ziele und die dazugehörigen Massnahmen gut, reichen aber nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht aus. Dies betrifft insbesondere die Massnahmen, die dazu beitragen sollten, das Ziel «Standortattraktivität langfristig sichern» zu erreichen. Enttäuscht nimmt die FDP-Fraktion zudem zur Kenntnis, dass die für die Wirtschaft zentralen Anliegen – im Gegensatz zu früheren Legislaturplänen – nicht mehr als Ziele formuliert werden.

1. Standortattraktivität langfristig sichern

Ranglisten und Rankings sind für Führungskräfte ein valabler Indikator. Im letzten Sommer veröffentlichte die UBS den neuen kantonalen Wettbewerbsindikator 2021. Der Kanton Basel-Stadt landet beim Faktor «Kostenumfeld» nur auf Rang 20 und beim Faktor «Staatsfinanzen» nur auf Rang 21, was auf die Steuer- und Kostenbelastung, aber auch auf den grossen Verwaltungsapparat und die Staatsverschuldung zurückzuführen ist.

Die FDP-Fraktion beschäftigt insbesondere auch die schlechte Rangierung beim Faktor «Arbeitsmarkt» – wo der Kanton mit Rang 23 – auf dem drittletzten Platz landet. Das heisst, dass viele Menschen nicht am Arbeitsmarkt partizipieren können, was sich in der Arbeitslosigkeit zeigt. Vor diesem Hintergrund sind zusätzliche Analysen und darauf basierende Massnahmen notwendig und im Legislaturplan zu nennen.

«Basler Finish» ist kontraproduktiv

Hinderlich für die positive Weiterentwicklung sind auch die vielen umgesetzten oder geplanten «Basler Finishes». Sie haben Einfluss darauf, ob in Basel-Stadt auch künftig noch Arbeitsplätze für sehr unterschiedlich qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeboten werden oder ob ganze Branchen verloren gehen. Aus unserer Sicht kann die Standortattraktivität langfristig nur gesichert werden, wenn das Bewusstsein vorhanden ist, welche Zusatzbelastungen ein grosser Verwaltungsapparat und übermotivierter Politik für Arbeitgeber jeder Grösse tagtäglich produzieren.

Das Thema Steuern bleibt aussen vor

Im Weiteren finden die Steuern keine Beachtung im Legislaturplan. Dabei ist eine Entlastung für Fachkräfte in unserem Kanton zwingend. Mit Blick auf die internationalen Entwicklungen etwa der Unternehmensbesteuerung – den aktuell diskutierten neuen OECD-Standards – ist es zwingend, dass der Kanton klare Ziele formuliert und einen «Plan B» vorlegt. Eine Vorlage dazu sehen wir etwa im Forderungskatalog der Handelskammer beider Basel zur Basler Finanz- und Steuerpolitik, dem Themen-dossier Kantonsfinanzen.

2. Bildungspolitik auf dem Abstellgleis

Gemäss dem neuesten Ranking liegt der Kanton BS an der 26. Stelle von 26. Ein untragbarer Zustand! Aber offensichtlich sieht der RR hier keinen Handlungsbedarf, um die Bildung im Kanton zu verbessern. Hier muss der Regierungsrat klare Ziele und Massnahmen formulieren, wie im Bildungsbereich diese Defizite aufgeholt werden können.

3. Infrastrukturprojekte fehlen teilweise

Die gute Erreichbarkeit des Kantons scheint für den Kanton nicht mehr von grosser Bedeutung zu sein, wie es dies im Legislaturprogramm 2017–2021 unter Punkt 5 noch war. So fehlen wichtige Infrastruktur-

projekte wie der Autobahnzubringer Bachgraben oder die Ringautobahn um Basel vollständig. Auch das formulierte Commitment zum Herzstück fällt weniger deutlich aus als im vorhergehenden Plan. Man könnte meinen, dass hier alles in trockenen Tüchern ist. Hier hat der RR unserer Ansicht nach massiven Klärungs- und Handlungsbedarf.

4. Aussenbeziehungen kaum beachtet

Auch die Aussenbeziehungen des Kantons, die vor vier Jahren noch ein Hauptthema waren und nach wie vor von grosser Wichtigkeit sind, finden im neuen Plan kaum Beachtung. Es stellt sich die Frage: Hat sich der RR hier neue Prioritäten gesetzt?

Was ist das Fazit meiner Analyse?

Zusammengefasst können wir festhalten, dass in der Erarbeitung des Legislaturplans 2021–2025 – im Vergleich zu früher – wesentlich weniger darauf geachtet wurde, wie in unserer Region Wohlstand entsteht. Für den Erhalt des Wohlstandes sind die wirtschaftlichen Standortfaktoren entscheidend. Diesen Faktoren gilt es auch in Zukunft Beachtung zu schenken. Soweit konkret zu den Zielen und Massnahmen.

Zum Abschluss noch zur grössten Schwachstelle des Legislaturplanes

Der Legislaturplan ist, wie der Name sagt ein Plan und formuliert Ziele und Massnahmen wie diese Ziele erreicht werden sollen. Die wichtigste Komponente eines Plans fehlt aber in den vorliegenden Unterlagen – die Messkriterien zur Zielerreichung.

Zielerreichungen müssen messbar sein

Solange keine konkreten Parameter vorliegen, kann nie der Grad der Zielerreichung geprüft werden. Die FDP-Fraktion fordert für alle Massnahmen entsprechende konkrete und messbare Zielvorgaben. Der RR soll bei seiner jährlichen Berichterstattung, dem Jahresbericht, diese Messkriterien und den Grad der Zielerreichung aufzeigen und gegebenenfalls notwendige Korrekturmassnahmen dokumentieren. Nur so können wir sicherstellen, dass der nächste Jahresbericht zu einem echten Rechenschaftsbericht wird und auch überprüfen, ob der RR seinen Job gemacht hat. Ansonsten verkommt das Ganze zu einem reinen Marketinginstrument ohne Mehrwert.

Erich Bucher, Grossrat FDP Grossbasel Ost,
Chef der FDP-Grossratsfraktion

Gegen die «Lex Netflix»

Die Jungfreisinnigen sind erfolgreich



Erfolgreicher Einsatz für «Ehe für alle»

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt haben eine erfolgreiche Kampagne zur «Ehe für alle» hinter sich. Die Vorlage, welche im September in der Schweiz mit rund 64% und in Basel sogar mit fast 75% (!) angenommen wurde, bedeutet nun, dass gleichgeschlechtliche Paare das Recht auf Eheschliessung haben wie alle anderen.

Unter anderem haben die Jungfreisinnigen einen 72m² grossen Banner an der Pfalz befestigt, um der Basler Bevölkerung zu zeigen, dass Liebe liberal ist! Ebenfalls haben die zahlreichen Mitglieder der JFBS eine Woche lang vor den Basler Schulen Gipfeli, Café und Flyer verteilt, um die junge Bevölkerung zu motivieren abstimmen zu gehen.

Daraus entstanden sind spannenden Diskussionen, ein erfolgreicher Abstimmungssonntag und ein grosser Zuwachs an neuen Mitgliedern.

Jungfreisinnige ergreifen das Referendum gegen die «Lex Netflix!»

Die Revision des Filmgesetzes verpflichtet private Streaming-Anbieter wie Netflix oder Disney+ sowie private TV-Sender wie 3+, Sat1 oder Pro7 dazu, mindestens 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in das Schweizer Filmschaffen zu investieren oder eine Ersatzabgabe zu bezahlen.

Gegen neue Filmsteuer und höhere Abos

Dies ist nichts anderes als eine neue Filmsteuer, die beliebig erhöht werden kann. Die Zeche bezahlen Konsumentinnen und Konsumenten. Unser Nein ist auch eine Absage an höhere Abogebühren. Zudem müssen die von der Vorlage betroffenen Akteure mindestens 30% europäische Filme im Video-An-



gebot haben; uns Konsumentinnen und Konsumenten wird vorgeschrieben, welche Filme und Serien wir zu schauen haben.

Das geht zu weit – und bricht mit liberalen Prinzipien!

Deshalb ergreift nun eine Allianz aus Jungfreisinnigen, Junge SVP und Junge GLP das Referendum gegen dieses illiberale Vorhaben.

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Damit das Referendum zustande kommt, brauchen wir jede und jeden von euch! Die JFBS werden in Basel-Stadt Unterschriften sammeln. Es würde uns sehr freuen, wenn wir hier zahlreiche Mitglieder der FDP-Basel-Stadt begrüßen dürfen.

Für die Jungfreisinnigen Basel-Stadt
Dominik Scherrer, Präsident



Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Ist was schiefgelaufen, das nicht hätte schief laufen sollen? Soll dafür jemand den Kopf hinhalten?

Ist Preesi **Beat Jans** ein «Wolkenschieber»? Zuerst sagte er, bevor er überhaupt das Dossier angepackt hatte, dass Herr Fehlmann unter ihm nicht mehr Direktor des HMB würde. Nun ist die Verantwortung dafür an **Lukas Engelberger** übertragen worden, obwohl der mit Corona genug um die Ohren hat. Grosse Worte führte Jans auch bezüglich AUE, wollte er doch dieses seinem Departement einverleiben und als Mister Proper für Furore sorgen. Hat da jemand gesagt, die «5 sind genug!»-Initiative wäre willkommen?

Gute Neuigkeit: RR **Kaspar Sutter** hat sein Amt angetreten. Er wurde gesichtet, wie er – und nicht Preesi Jans – den regierungsrätlichen Gegenanschlag zur Klimainitiative präsentierte.

Wer als SPler*in sich mit Leuten anderer parteipolitischer Orientierung fotografieren lässt, mit söttigen einen hebt und – doppelgitt – es gar lustig hat, sollte sich vorsehen. SP-Einpeitscherin **Lisa Mathys** (Co-Präsidentin) und ihr Hilfseinpeitscher **Nino Russano** (Juso-Präsident) erweisen sich als humorfreie Sektierende und weisen Abtrünnige auf den richtigen Weg. Vorerst nur verbal?

Nach dem Fest von Grossratspreesi **David Jenny** gab es eine wahre Flut von Apéros und Einweihungen, bei denen sich die Grossrätinnen und Grossräte samt den Regierenden beim Cüplihalten und -leeren instagramieren lassen konnten. Wären bei der grossen Einweihung des über 100 Kisten über-teuerten Biozentrums lauwarms Basler Wasser und hartes Brot nicht passender gewesen?

Apropos Cüpli: **E. W.** aus B. durfte nicht mit auf den grossrätlichen Ausflug an den Murtensee, weil er sich unflätig benommen habe. Das gab ihm Gelegenheit, dies erneut zu beweisen.

Die Hörnli-Pleite der GLP: Zuerst die eigene Regierungsrätin **Esther Keller** im Grossen Rat im Regen stehen gelassen und mit den Linken gestimmt, und dann Ende September eine schöne Klatsche aus Riehen bezogen. Werden sich die Wählenden bei der Gemeindewahl daran erinnern?

Und wer muss die Hörnli-Klatsche nun wieder bearbeiten? Ups, die **UVEK**, die von Bürgerlichen am meisten gefürchtete Kommission, Hort von Kastenvelofans und Parkplatzabschaffenden. Die darin massgebenden Ideologiepersonen müssen nun über ihren Schatten springen und die alte als neue Vorlage bringen. Mal sehen, ob die das hinkriegen. Oder erfinden sie einen Dreh wie beim Bettelverbot, wo «Juristen» Demokraten spielen?

Rathaustürschliesser



Ein Stück Freiheit dank Zertifikat

Ja zum Covid-19-Gesetz

Mit einem Ja am 28. November wählen wir einen verhältnismässigen und vernünftigen Weg aus der Pandemie – insbesondere dank dem Zertifikat. Die Ablehnung des Covid-Gesetzes würde die Rückkehr zur Normalität verlangsamen.

Ungern, aber konkret erinnere ich mich an den Frühling 2020: Im Gleichschritt mit den weltweit steigenden Covid-Fallzahlen mussten innert Kürze sehr einschränkende Schutzmassnahmen verfügt werden, schliesslich der Lockdown. Das gesellschaftliche Leben kam praktisch zum Stillstand, Unternehmen wurden massiv eingeschränkt. Mehrere «Wellen» später verfügen wir über wirksame Impfstoffe und ein international anerkanntes Zertifikat. Es ermöglicht uns, auf Schutzmassnahmen weitgehend zu verzichten. Erst recht gilt das für weitere verheerende Lockdowns.

Zertifikat als Schlüssel zu Freiräumen

Was in der Debatte über die Abstimmung vom 28. November oft vergessen geht: Nach wie vor befinden wir uns in einer anhaltenden Pandemie, grosse Teile der Erdbevölkerung sind noch nicht geimpft und das Virus mutiert weiter. Während in anderen Ländern wieder weitreichende Lockdowns das öf-

fentliche Leben zum Erliegen bringen, können wir «unmaskiert» Sport- und Kulturveranstaltungen und Restaurants besuchen, und wir können international reisen: All das ist möglich – dank dem Covid-Zertifikat! Das Zertifikat öffnet uns Freiräume, die es ohne nicht gäbe.

Verhältnismässiges Vorgehen erforderlich

Durch das Zertifikat ist ein verhältnismässiges und differenziertes Vorgehen zur Vermeidung von Todesfällen, schweren Krankheitsverläufen und einer Überlastung des Gesundheitswesens also erst möglich. Konkret heisst das: Weil Geimpfte, Genesene und Getestete aus epidemiologischer Sicht weitaus weniger ansteckend sind, werden sie mit Zertifikat von einschränkenden Schutzmassnahmen entlastet. Weiter aber gilt: Auch das Zertifikat – respektive die Pflicht zu dessen Verwendung in verschiedenen Lebensbereichen – ist eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die nur

Beat Walti setzt sich für ein Ja zum Covid-Gesetz ein.
Foto: Désirée Dittes

so lange gerechtfertigt ist, wie sie notwendig und verhältnismässig ist.

Unehrlische Missinterpretation der Referendumsführer

Bereits aufgrund des Epidemiengesetzes hat der Bundesrat die Kompetenz, im Falle einer Epidemie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zum Schutz der Bevölkerung einzuschränken. Dabei hat er den Verhältnismässigkeitsgrundsatz zu beachten. Artikel 1a des Covid-Gesetzes ändert daran nichts, im Gegenteil: Er konkretisiert und verdeutlicht diesen Grundsatz noch zusätzlich. Der Bundesrat darf ausdrücklich nicht nur nach epidemiologischen Kriterien agieren, sondern muss wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen bei seinen Entscheiden genauso berücksichtigen. Die Revision des Covid-Gesetzes stellt dem Bundesrat also definitiv keinen «Blankocheck» aus, wie von den Referendumsführern irreführenderweise behauptet wird.

Wegfallende Unterstützungen für Betroffene

Gerade mit dieser Revision des Covid-Gesetzes, über die wir nun abstimmen, stehen zudem auch wichtige wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen auf dem Spiel. Das sind etwa Ansprüche aus der Erwerbsausfallentschädigung (EO) und die Unterstützung von Selbstständigerwerbenden oder auch die wirtschaftliche Unterstützung von besonders betroffenen Kulturschaffenden, Veranstaltern oder die viel diskutierten Härtefallhilfen für Unternehmen. Wer diese Revision des Covid-Gesetzes ablehnt, muss sich auf jeden Fall auch bei anderer Gelegenheit nicht mehr als «Retter» dieser hart getroffenen Betriebe aufspielen.

Aus all diesen Gründen stimme ich am 28. November Ja zum Covid-Gesetz. Zertifikat und weiteres Instrumentarium helfen, auf einem sicheren Weg aus der Pandemie so schnell wie möglich Freiräume zurückzugewinnen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der TWINT App scannen



Betrag und Spende bestätigen



Die neuen ziehen Bilanz

Rückblick auf zwei intensive Jahre

Acht FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 2019 neu in den National- und Ständerat gewählt wurden, blicken auf ihre ersten beiden Jahre in Bundesbern zurück. Sie sprechen über ihre Erwartungen, was sie im Parlament überrascht hat und wofür sie in den nächsten zwei Jahren kämpfen wollen.



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Nationalrätin, St. Gallen

«Der erste Tag der Legislatur war bei mir ein bisschen wie der erste Schultag. Ich war gespannt, hatte Erwartungen, aber natürlich auch eine gewisse Unsicherheit. Aus dem Kantonsrat war ich mir das Politisieren in einer Legislative gewohnt, war aber gespannt, wie sich das auf Bundesebene anfühlt. Mittlerweile weiss ich, wie faszinierend die Aufgabe ist. Man kann etwas bewirken, wenn man sich in die Dossiers einliest. Im Kantonsparlament dauerte die Session drei Tage, in Bern sind es drei Wochen. Dazu kommt das Zweikammersystem, das auch taktisch genutzt werden kann. Dabei habe ich gelernt, wie wichtig Gespräche hinter den Kulissen sind.

Es freut mich auch, dass ich in der UREK-N mitarbeiten darf. Neben den Umweltthemen liegen mir aktuell besonders auch die AHV-Revision und die BVG-Revision am Herzen. Ich finde es wichtig, dass gerade wir bürgerlichen Frauen hierbei für unsere Ideale hinstehen und ein Gegengewicht zur linken Abwehr- und Anspruchshaltung bilden. In der zweiten Legislaturhälfte will ich mich zudem dafür einsetzen, dass wir die Energiewende mit Massnahmen erreichen, die uns Freisinnigen entsprechen. Neben dem Parlamentsbetrieb ist es die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung, die wir FDP Frauen lanciert haben. Hier braucht es noch viel Einsatz, um diese Volksinitiative ins Tor zu tragen. Aber ich freue mich darauf, auf der Strasse mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten.»



Anna Giacometti
Nationalrätin,
Graubünden

«Da ich zuvor Gemeindepräsidentin von Bregaglia war, hatte ich vor meiner Wahl keine Erfahrung in einer Legislative. Der Beginn im Nationalrat war eine völlig neue Welt. Besonders in Erinnerung bleibt mir der erste Tag, als ich das imposante Bundeshaus betrat und mit einer Freundin sowie zwei Journalisten aus Graubünden die Treppe hinaufstieg. Ich habe erwartet, dass das Parlament schneller entscheidet. Es überraschte mich, dass ein Gesetz, nachdem es von beiden Räten angenommen wurde, in der Schlussabstimmung noch abgelehnt werden kann, so dass die Arbeit wieder bei null beginnt.

Mittlerweile verfüge ich über mehr Erfahrung und politisiere aktiver als vor zwei Jahren. Ich habe mich stark für das CO₂-Gesetz engagiert und bin im Initiativkomitee für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung. Als APK-Mitglied sind mir die Beziehungen zur EU besonders wichtig. Es stellt sich nun die Frage, wie wir den bilateralen Weg aufrechterhalten und weiterentwickeln können. Ich hoffe, dass es dem Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Parlament gelingt, ein stabiles Verhältnis zu unseren Nachbarn aufzubauen, die für die Schweiz so wichtig sind. Bis zum Ende der Legislatur möchte ich auch die Namen, die Herkunft und den politischen Hintergrund der vielen Menschen kennen, die mir im Bundeshaus begegnen. Neben der Arbeit im Bundeshaus gefällt mir auch die Stadt Bern. In der wunderschönen Altstadt bin ich gerne zu Fuss unterwegs.»



Matthias Michel
Ständerat, Zug

«Nach 16 Jahren als Regierungsrat in Zug hatte ich den Wunsch, auf nationaler Ebene zu wirken. Als ich vor zwei Jahren ins Bundeshaus kam, war ich erstmal ergriffen. Die Realpolitik war dann wieder etwas anderes. Fasziniert und überrascht hat mich die Dimension des Zweikammersystems. Wenn man aus einem Kanton kommt, kennt man die Regierung und das Parlament mit einer Kammer. Das Zweikammersystem wirkt auf den ersten Blick sehr kompliziert und ich habe Zeit benötigt, um zu erkennen, welche Geschäfte zuerst in welchen Rat kommen und was danach folgt bis zu den Differenzbereinigungen.

Die Verteidigung ging mir besonders unter die Haut. Wegen eines zweiten Wahlgangs im Kanton Zug wurde meine Wahl erst einen Tag nach Sessionsbeginn bestätigt. Das hat mich zuerst etwas geärgert, aber dafür durfte ich alleine zwischen den Weibeln vor dem Ratspräsidium meinen Eid ablegen. Sofern das Ständeratsbüro bestätigt, kann ich in der zweiten Legislaturhälfte das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerats übernehmen. Die GPK beaufsichtigt den Bundesrat, wie er die Verwaltung führt, ob effizient und rechtmässig. Diese Rolle ist mir auf den Leib geschneidert, da ich von der Exekutive komme.»



QR-Code scannen und
alle Videointerviews in
voller Länge schauen.



Simone de Montmollin
Nationalrätin, Genf

«Die erste Amtshandlung beim Legislaturbeginn 2019 war die Vereidigung. Als wir den Eid abgelegt haben, wurde mir bewusst, welche Verantwortung wir als Volksvertreter tragen. Ich war dankbar gegenüber den Menschen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und wollte gleich mit der Arbeit beginnen, um eben dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Im Gegensatz zum kantonalen Parlament ist die Polarisierung zwischen den Fraktionen deutlich stärker. Das wirkt sich auch auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus. Aufgefallen ist mir auch, dass sich einige Ratsmitglieder stark für persönliche Anliegen einsetzen, andere eher Parteiinteressen vertreten. Ich habe schnell gelernt, für meine Überzeugungen einzustehen. Allerdings verändern sich die Prioritäten je nach Agenda des Parlaments, des Bundesrats oder bei unerwarteten Ereignissen. Da muss man die Energie einsetzen, wo sich etwas bewirken lässt.»



Damien Cottier
Nationalrat, Neuenburg

«In den letzten zwei Jahren im Nationalrat habe ich viel darüber gelernt, wie die Prozesse ablaufen. Wenn man in der Politik etwas bewegen will, braucht es vertieftes Wissen über die Abläufe. Das ist mir nicht schlecht gelungen. Selbstverständlich gibt es immer noch Dinge, die man besser machen kann. Zum Glück kann ich auf die Unterstützung meiner Fraktionskollegen zählen. Es ist wichtig, sich selbst zu hinterfragen und Neues dazulernen. Lernen ist Teil des Lebens. Das wichtigste politische Dossier ist für mich die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU, unserem wichtigsten Handelspartner. Wir müssen unbedingt Lösungen finden, damit der bilaterale Weg weiterentwickelt werden kann. Das erfordert Kreativität, politischen Willen, Arbeit und Diplomatie. Ich bin überzeugt, dass diese Frage absolut zentral für unser Land ist, weil sie sich auf unseren Arbeitsmarkt und letztlich auf unsere Lebensqualität auswirkt.»



Maja Riniker
Nationalrätin, Aargau

«In den letzten zwei Jahren habe ich viel über politische Mechanismen und Taktiken gelernt. Dazu habe ich meine Kenntnisse der anderen Landessprachen verbessert. Als Aargauerin waren mir diese zuvor weniger geläufig. Auch gegenseitiges Vertrauen und Kooperation lernte ich kennen, wie auch das Gegenteil. Die überparteiliche Zusammenarbeit finde ich einen grossen Vorteil und etwas Schönes, das ich nicht in diesem Ausmass erwartet habe. Man hat mich auch vor der vielen Arbeit gewarnt, dass es so viel Arbeit ist, habe ich aber nicht gedacht.

Der Abbruch der Session am 16. März 2020, als der Lockdown beschlossen wurde, das hat mich stark geprägt. Traurig war auch der Tod meines Nationalratskollegen Albert Vitali. Ich durfte ihn nicht lange erleben, habe ihn aber sehr gerne gehabt. Das waren emotionale Momente, die prägen. Das wichtigste Dossier ist für mich der Alimentierungsbericht, bei dem es um die Sicherung der Bestände von Armee und Zivilschutz geht. Ebenfalls müssen wir klären, wie ein Dienst an der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Armee- und Zivilschutzbeständen funktioniert, inklusive Frauen in der Armee. Das ist ein langfristiges Projekt, das ich gerne noch weiterverfolgen würde. Ebenfalls habe ich im Bereich Bevölkerungsschutz Ideen, wie man die Bevölkerung noch aktiver alarmieren kann.»



Andri Silberschmidt
Nationalrat, Zürich

«Als ich in den Nationalrat gewählt wurde, wollte ich die jungfreisinnige Politik einbringen, die ich schon zuvor verfolgt habe. Das ist mir wenigstens zum Teil gelungen. Ich konnte Akzente in Kernthemen setzen, wie zum Beispiel das Unternehmertum stärken und Sozialwerke sichern. Unterschätzt habe ich die Dynamik der beiden Kammern. Nur weil wir im Nationalrat etwas erreicht haben, heisst das noch lange nicht, dass es dann auch durch den Ständerat kommt. Diese Dynamik zu verstehen und einzuplanen, ist eine Herkulesaufgabe und lässt sich auch nicht innert einer Legislatur komplett lernen.

Heute denke ich viel mehr in Gesetzestexten. Wenn jemand auf mich zukommt und bei einem Problem Hilfe verlangt, höre ich es mir an und meine erste Frage ist: In welchem Gesetz und welchem Artikel ist es geregelt? Nur wenn man ein Problem tatsächlich identifiziert, kann man es auch lösen. Das wichtigste politische Dossier ist für mich nach wie vor die Sicherung der Sozialwerke, weil wir in den letzten zwei Jahren weniger Fortschritte erzielt haben, als ich mir das erhoffte. Dabei braucht es ausserparlamentarischen Druck, deshalb hat die FDP mit den Jungfreisinnigen die Renteninitiative eingebracht. Wir im Parlament müssen einen Zacken zulegen. Wenn es nach uns ginge, wären wir schon viel weiter.»



Johanna Gapany
Ständerätin, Freiburg

«Nach meiner Wahl in den Ständerat wollte ich mein Netzwerk auf eidgenössischer Ebene vergrössern, da ich vorher in einer städtischen Exekutive und im Freiburger Kantonsparlament war. Ein gutes Netzwerk ist wichtig, um möglichst viel bewegen zu können und meinen Kanton optimal zu vertreten. In den letzten zwei Jahren wurde die politische Arbeit durch die Covid-Pandemie erschwert. Die parlamentarische Arbeit beinhaltete deutlich weniger persönlichen Austausch. Für mich als neue Ständerätin war es anspruchsvoll, weil die Beschlüsse bezüglich Corona sehr rasch abgearbeitet wurden. Dadurch lernte ich die Prozesse schnell kennen und wusste bald, worauf es ankommt.

Mich haben insbesondere die Finanzen und der künftige Umgang mit den Schulden interessiert, da ich bald das Präsidium der Finanzkommission übernehme. Mir ist es wichtig, dass die Schulden nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden. Überrascht hat mich die ausgeprägte Diskussionskultur im Ständerat. Es geht tatsächlich nicht darum, dass jeder seine Rede hält, sondern dass man auf die Vordredner eingeht. Der Ständerat zeigt einen ausgeprägten Willen zur Demokratie mit ausführlichen Debatten und Entscheidungen, die genau abgewogen werden. Natürlich werden auch in diesem ruhigen Rahmen dynamische Entscheide getroffen.»

Thierry Burkart will die FDP mit klaren Positionen profilieren. Fotos: Désirée Dittes



«Wir brauchen klare Kanten»

Thierry Burkart will mehr Fokus

Der neue Parteipräsident hat mit seinem Team erste Eckpunkte definiert, wohin der Weg der FDP gehen soll. Im Interview spricht er den Liberalismus als Verpflichtung, die Bedeutung der Kantonalparteien und was die FDP von der Schwingerfamilie lernen kann.

Am 2. Oktober wählten dich die Delegierten zum Parteipräsidenten. Wie ist es dir seither ergangen?

Die letzten Wochen waren so intensiv wie spannend und es galt, viele Abläufe und Zuständigkeiten kennen zu lernen. Intensiv war auch die Arbeit im Team mit meinen Vizepräsidenten, die sehr gut funktioniert. Viele Leute sind mit ihren Wünschen und Erwartungen bezüglich der FDP an mich herangetreten. Diese Anliegen zu kanalisieren, ist eine Herausforderung.

Bei deiner Wahl waren viel Unterstützung, aber auch grosse Erwartungen zu spüren. Bedeutet dies Druck oder ein willkommener Vertrauensvorschuss?

Ich denke, beides trifft zu. Man schenkt uns Vertrauen, adressiert aber auch klare Erwartungen. Wir wissen, was wir für die FDP erreichen wollen, nämlich den Wahlsieg 2023. Uns ist aber auch bewusst, dass wir das nicht allein schaffen. Es braucht jeden und jede in dieser Partei, von der Bundeshausfraktion über die Kantonalparteien bis hin zu den Ortsparteien. Dieses liberale Feuer zu entzünden und alle Freisinnigen zu erreichen, ist mir ein grosses Anliegen.

Konntest du in deinen ersten Wochen als Parteipräsident bereits einige Pflöcke einschlagen?

Grundsätzlich schlage ich als Präsident nicht alleine Pflöcke ein. Ich kann aber, quasi als Spitze des Eisbergs, Anstösse geben. Die bisherigen Tätigkeiten, die wir bearbeiten, lassen sich grob gliedern: Wir arbeiten an einer Reorganisation von Partei und Fraktion und haben einen neuen Generalsekretär und einen neuen Wahlkampfleiter gefunden. Wir beschäftigen uns ausserdem mit Umweltpolitik, zu der es einen Antrag der Parteiprääsidentenkonferenz (PPK) gab. Gleichzeitig sind wir an einer Resolution zur Energiepolitik. Zudem wollen wir möglichst bald drei bis fünf Kernthemen definieren und diese entsprechend bearbeiten. Daneben war ich kommunikativ gefordert und konnte in den vielen Interviews unsere Positionen gegenüber der Konkurrenz abgrenzen. In der Covid-Thematik war es wichtig klarzustellen, dass wir zu den aktuellen Massnahmen stehen und die Impfung der wirksamste Ausweg aus der Krise ist. Angesichts tieferer Spitalbelastung wollen wir jedoch auch eine konkrete Perspektive. Diese fordern wir vom Bundesrat.

Was sind die wichtigsten Aufgaben für die nächsten drei Monate? Die Festlegung der drei bis fünf Kernthemen, diese mit Inhalten füllen und schliesslich deren Umsetzung planen. Neben dieser Hauptaufgabe gilt es, mit dem neuen Generalsekretär Strukturen und Abläufe festzulegen.

Was gefällt dir an der Arbeit als Parteipräsident?

Die Arbeit mit meinem Team ist wirklich sensationell und ich bin überglücklich, dass ich ihre Unterstützung habe. Daneben spüre ich eine leidenschaftliche und tolle Arbeit im Generalsekretariat sowie allgemein in der Partei Zuversicht und eine Stimmung des Aufbruchs, das freut und motiviert mich. Jetzt geht es darum, diesen Aufbruch zu vergrössern und nach aussen zu tragen. Zu guter Letzt freue ich mich, dass Einigkeit zu spüren ist. Dies ist die entscheidende Voraussetzung, um bei den Wahlen 2023 zu gewinnen.

Die fehlende Einigkeit in der Partei wurde in der Vergangenheit oft beklagt. Wie stellst du sicher, dass Einigkeit auch tatsächlich gelebt wird?

Wir müssen Themen frühzeitig erkennen und mit den wesentlichen Kräften unserer Partei Positionen erarbeiten, die auf einem breiten Konsens beruhen. Das bildet eine bessere Ausgangslage als ein Verdikt, dem man sich ohne Mitwirkung zu fügen hat. Ebenso wichtig ist die Konzentration auf einige wichtige

Der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Themen. Dann ist es weniger schlimm, wenn es einmal bei nebensächlichen Themen verschiedene Meinungen gibt. Daneben braucht es auch in der parlamentarischen Arbeit viel Führungsarbeit, damit Einigkeit gewährleistet werden kann.

Innerhalb und ausserhalb der FDP haben unzählige Personen eine genaue Vorstellung, wie die FDP zu sein hat. Wie gehst du mit diesen zahlreichen und unterschiedlichsten Erwartungshaltungen um?

Wichtig ist, dass all diesen Stimmen Gehör finden und wir gleichzeitig eine klare Vorstellung haben, was wir wollen. Ich bin mir bewusst, dass man es nie allen recht machen kann. Ich höre oft den Wunsch nach einer FDP mit klaren erkennbaren Positionen. Das ist fast noch wichtiger als die Position an sich. Diesen Wunsch teile ich, aber damit lassen sich nicht alle zufriedenstellen. Wir müssen aber mit klarer Kante kommunizieren.

Zwischen 2010 und 2013 warst du Präsident der FDP Aargau. Gibt es Erfahrungen aus dieser Zeit, die dir auch jetzt nützlich sind? Es war eine schöne Zeit mit tollen Leuten und wir wurden zweitstärkste Partei im Kanton – noch vor den Sozis! Damals habe ich gelernt, dass man als Präsident hinstehen und die eigenen Positionen mutig vertreten muss, um die Leute mitzunehmen. Es darf aber nicht ein Egotrip sein, sondern es braucht die Einbindung aller. Obwohl es auch im Aargau verschiedene Flügel gab, gelang uns ein einheitlicher Auftritt.

In der nationalen Politik jagen sich die Herausforderungen: Abstimmungen, Wahlen, Tagesaktualitäten und Unvorhergesehenes. Wie setzt du hierbei Prioritäten? Das ist in der Tat anspruchsvoll. Genau deshalb braucht es in den Schwerpunktthemen frühzeitige Positionsbezüge, basierend auf unseren Grundwerten, die uns vereinen. Wir müssen lernen, dass wir nicht allein für die Schweiz verantwortlich sind, auch wenn wir natürlich das Beste für unser Land wollen. Wir müssen auf unseren Grundlagen politisieren und auch einmal den Mut aufbringen, uns einem Kompromiss zu entziehen, wenn er von unseren Positionen zu weit entfernt ist. Denn der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Du sprichst die Verantwortung für die Schweiz an. Das wird von der FDP aufgrund der Historie oft erwartet. Unsere Politik ist verantwortungsvoll und liberal. Die Geschichte zeigt, dass liberale Politik erfolgreich ist. Deshalb ist der Liberalismus unsere



Thierry Burkart mit seinen Vizepräsidenten Andrea Caroni, Johanna Gapany, Philippe Nantermod und Andri Silberschmidt (von links).

erste Verpflichtung. Wenn wir Kompromisse eingehen, die zu weit entfernt davon sind, werden wir dem Liberalismus untreu, verlieren an Kontur und die Wählerinnen und Wähler verlieren das Interesse. Wenn ich mich zwischen einem langsamen Sterben in Schönheit und einer erfolgreicher liberalen Partei entscheiden muss, wähle ich definitiv Zweiteres.

Oft wird lieber über die Schwächen der FDP diskutiert. Wo siehst du aktuell die Stärken der Partei?

Unser Problem ist, dass wir selbst zu oft über unsere Schwächen reden. Dabei müssen wir vermehrt darüber reden, was uns stark macht und verbindet. Nämlich das liberale Wertefundament, das so aktuell ist wie seit eh und je. Eigenständigkeit und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft sind zeitlos und dafür stehen wir ein. Ebenso für technologischen Fortschritt und Innovation. Wer, wenn nicht wir kann das gewährleisten? Wenn wir diese Positionen klar vertreten, eint uns das und hebt unsere Stärken hervor. Gerade weil unsere freisinnigen Überzeugungen zeitlos sind, sind wir keine Modepartei. Eine andere grosse Stärke sind die hervorragenden Köpfe in unserer Partei, die schweizweit innovative und vernunftbasierte Ideen einbringen.

Was muss sich noch verbessern? Wir haben eine Schwäche, die zugleich unsere Stärke ist. Die Vielfalt in unserer Partei bringt sehr viele interessante Menschen auf dem liberalen Fundament zusammen. Gleichzeitig ist es eine Schwäche, weil wir zu wenig gut erkennbar sind. Deshalb brauchen wir den Mut, uns auf einen gemeinsamen Weg zu eini-

gen, hinter dem alle stehen und für welchen alle zusammen kämpfen.

Die Kantonalparteien spielen eine wichtige Rolle für die FDP. Wie bindest du sie in deine Strategie ein?

Ich würde noch weitergehen und sagen, in den Kantonalparteien findet die wichtigste Arbeit statt. Die FDP Schweiz ist ohne die Kantonalparteien eine luftleere Hülse. Dort werden Wahlen gewonnen und verloren, und dort findet der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern statt. Diese wichtigste Ebene will ich insbesondere über das Gremium der PPK mitnehmen. Auch bei der Erarbeitung von Positionen will ich sie stärker einbinden und natürlich im Hinblick auf den Wahlkampf.

Du besuchst gerne Schwingfeste und organisierst sie auch. Lässt sich der Schwingsport mit der FDP vergleichen?

Der Schwingsport hat der FDP etwas voraus: Im Sägemehl wird zwar hart gekämpft, doch innerhalb der Schwingerfamilie, zwischen Sportlern und Publikum, herrscht ein enger Zusammenhalt. Dieses Wirgefühl und die Freude an diesen Festen sind allgegenwärtig. Für die FDP wünsche ich mir, dass wir unseren Sinn nicht nur über einzelne Positionen und politische Kämpfe finden, sondern auch Freude am gemeinsamen Politisieren zeigen. Es braucht die Freude am gemeinsamen Austausch und Stolz, dass wir Freisinnige sind.

Hast du einen Lieblingsschwinger? Die Aargauer liegen mir natürlich alle am Herzen, aber an Nick Alpiger habe ich besonders Freude.

Interview: Marco Wölfli



Der indirekte Gegenvorschlag bringt den Pflegefachpersonen unmittelbare Verbesserungen.
Foto: iStock/Kiwis

Die Pflegeinitiative geht zu weit, schafft einen unschönen Präzedenzfall und führt zu höheren Gesundheitskosten. Sie ist deshalb abzulehnen. Das Parlament hat jedoch den Handlungsbedarf erkannt und ist mit einem eigenen Gegenvorschlag tätig geworden. Wenn die Initiative abgelehnt wird, tritt dieser sofort und automatisch in Kraft. Er ist der bessere und schnellere Weg zur Stärkung der Pflege.

Die Bevölkerung wird älter, der Pflegebedarf steigt, gleichzeitig gehen in den nächsten Jahren die Babyboomer in Pension und es werden vermehrt Fachkräfte fehlen. Dies alles wird den bereits bestehenden Mangel an Pflegepersonal noch verstärken. Handlungsbedarf ist unbestritten. Die gewerkschaftliche Pflegeinitiative ist jedoch der falsche Weg, um eine schnelle und nachhaltige Verbesserung in der Pflege zu erzielen.

Keine Sonderstellung für eine Berufsgruppe

Die Pflegeinitiative will insbesondere Arbeitsbedingungen und Löhne für den Pflegeberuf in der Verfassung festhalten. Dies ist sowohl formell als auch inhaltlich falsch: Denn weder ist die Verfassung dafür der richtige Ort, noch ist es Aufgabe des Bundes, die Löhne einzelner Branchen zu regeln. Vielmehr sind es die Sozialpartner, die in unserem bewährten System miteinander Arbeitsbedingungen und Löhne aushandeln. Eine Übersteuerung mit zentralistischer Regelung durch den Bund wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. Ähnlich lautende Forderungen von anderen Berufsgruppen würden

nicht lange auf sich warten lassen.

Ebenfalls nicht opportun ist es, dass auf Bundesebene definiert wird, was eine «genügende Anzahl Pflegefachpersonen» ist, wie dies die Initiative verlangt. Wer kann wissen, wie sich diese Zahl über die Zeit verändert und in welchen Bereichen welcher Bedarf besteht? Im Gesundheitswesen ist im Moment vieles in Bewegung – richtigerweise. Stichwort ist «ambulant vor stationär», die Umsetzung von Behandlungskonzepten, die einen Spitalaufenthalt nicht mehr nötig machen. Es wird somit pflegerische Unterstützung vermehrt nicht mehr in den Spitälern, sondern allenfalls in der Spitex brauchen. Da macht es keinen Sinn, wenn man auf Bundesebene sogenannte «Nurse-to-Patient-Ratios» für Bereiche definiert, wo sie nicht mehr zur Anwendung kommen.

Noch höhere Krankenkassenprämien?

Initiative und indirekter Gegenvorschlag sehen vor, dass Pflegefachpersonen künftig Leistungen selbstständig, das heisst ohne ärztliche Anordnung, er-

bringen und direkt mit der Krankenversicherung abrechnen können. Diese Kompetenzerweiterung ist sinnvoll, weil sie den Beruf aufwertet und damit attraktiver macht. Allerdings bedeuten mehr Leistungen auch höhere Kosten und damit höhere Krankenkassenprämien. Hier sieht der indirekte Gegenvorschlag einen Kontrollmechanismus vor, der ein übermässiges Kostenwachstum verhindert – die Initiative hingegen nicht. Auch um ein unkontrolliertes Kostenwachstum zu verhindern, ist deshalb die Pflegeinitiative abzulehnen.

Indirekter Gegenvorschlag als bessere Lösung

Wer die Pflegeinitiative ablehnt, sagt aber nicht Nein zum berechtigten Anliegen. Ganz im Gegenteil: Er sagt Ja zum Gegenvorschlag, den das Parlament beschlossen hat und der den Initianten sehr weit entgegenkommt. Er ist vor allem aber unmittelbar anwendbar und bringt genau dort eine Lösung, wo diese dringend ist, nämlich bei der Ausbildung von diplomierten Pflegefachpersonen. Konkret wurden Mittel in der Höhe von einer Milliarde Franken für die nächsten acht Jahre beschlossen, um Ausbildungsplätze zu schaffen und Unterstützung für Studentinnen und Studenten zu leisten. Das sind Anreize, die effektiv etwas bewirken können. Richtigerweise bleibt aber die Verantwortung für die Umsetzung dieser Ausbildungssoffensive bei den Kantonen; sie sind zuständig für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Der indirekte Gegenvorschlag – indirekt, weil er eine Lösung in einem Gesetz vorsieht und nicht in der Verfassung wie die Initiative das verlangt – tritt bei Ablehnung der Initiative sofort in Kraft. Bei einer Annahme der Initiative müsste hingegen vom Parlament ein Umsetzungsgesetz erarbeitet werden. Das dauert mehrere Jahre. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen ein Nein zur Pflegeinitiative. Dies macht den Weg frei für den besseren, schnelleren indirekten Gegenvorschlag.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Bundesrätin Karin Keller-Sutter referierte in Biel zur Justiz-Initiative.
Foto: Désirée Dittes



Keine Lotterie beim Bundesgericht

Nein zur Justiz-Initiative

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Nein zur Justizinitiative ein. Für sie ist klar, dass die richterliche Unabhängigkeit in der Schweiz gewährleistet ist.

Am 28. November stimmen wir über die Justizinitiative ab. Ist die Unabhängigkeit der Schweizer Justiz mit dem aktuellen System gefährdet? Im Gegenteil, das jetzige System funktioniert gut. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist von der Bundesverfassung geschützt. Es gibt keine Hinweise, dass die Richterinnen und Richter nicht unabhängig urteilen würden. Dafür spricht auch das grosse Vertrauen, das die Bevölkerung den Gerichten entgegenbringt. In der jährlich publizierte Studie der ETH Zürich und des Center for Security Studies sowie beim Sorgenbarometer liegen die Gerichte jeweils auf den vordersten Rängen. Das Vertrauen wäre nicht so gross, wenn die Richterinnen und Richter als blosse Parteisoldaten wahrgenommen würden.

Sind Bundesrichterinnen und Bundesrichter in der Schweiz zu stark von den Parteien abhängig? Bundesrichter und Bundesrichterinnen sind nur dem Recht verpflichtet. Das Vertrauen der Bevölkerung und die hohe Akzeptanz der Urteile belegen, dass das nicht nur Theorie ist. Auch das Parlament hat eine hohe Sensibilität für Druckversuche durch die Parteien: Als die SVP ihren Bundesrichter Yves Donzallaz letztes Jahr zur Abwahl empfahl, erzielte er bei seiner Wiederwahl das bessere Resultat als bei seiner ersten Wahl. Dass Richterinnen und Richter Mitglied einer Partei sein müssen, ist im Übrigen nicht gesetzlich vorgeschrieben. Es ist

eine Tradition, die daher rührt, dass man möglichst alle Werthaltungen, Weltanschauungen und politischen Strömungen in der Bevölkerung auch an den Gerichten abbilden will. Die Gerichtskommission hat signalisiert, dass sie auch Kandidaturen von Parteiloseren prüfen will.

Was würde eine Annahme der Justizinitiative für die Schweiz bedeuten? Bundesrichterinnen und Bundesrichter würden künftig nicht mehr in einem transparenten und demokratischen Verfahren durch die Bundesversammlung gewählt, sondern durch das Los bestimmt. Ihre Wahl würde damit dem Zufall überlassen. Vorab würden die Kandidierenden von einer Expertenkommission auf ihre fachliche und persönliche Eignung hin überprüft. Diese Expertenkommission wiederum würde durch den Bundesrat bestimmt. Das bedeutet eine Machtverschiebung weg vom Parlament hin zum Bundesrat und einem Expertengremium.

Wieso ist aus Ihrer Sicht die Bundesversammlung das richtige Wahlgremium? Die Wahl durch die Bundesversammlung führt zu einem demokratisch legitimierten Resultat und zu einer transparenten und repräsentativen Zusammensetzung des höchsten Gerichts. Mit dem aktuellen Wahlsystem ist es auch möglich, Kriterien wie Geschlecht, Sprache und regionale Herkunft zu berücksichtigen. Die

Justizinitiative schreibt lediglich die ausgewogene Vertretung der Amtssprachen vor. Zudem besteht mit dem Losverfahren das Risiko, dass gewisse Parteien, Werthaltungen, Landesteile oder ein Geschlecht am Bundesgericht über längere Zeit stark über- oder untervertreten sind.

Unabhängig von der Justizinitiative: Gibt es Bestrebungen, die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter noch stärker sicherzustellen? Der Bundesrat hat immer gesagt, dass man über gewisse Reformen diskutieren kann. Man darf aber nicht vergessen, dass alle Ansätze in den letzten Jahren politisch chancenlos waren. Aber die Diskussion im Parlament ist im Gang, zum Beispiel über die Zulassung von Parteiloseren oder über die Abschaffung der Abgabe an die Parteien, die Nationalrat Beat Walti angeregt hat.

Die Initianten propagieren das Losverfahren. Wenn es nicht um Justizposten geht: Mögen Sie Lotterziehungen oder Tombolas? Ich spiele nicht. Bei Tombolas mache ich jeweils dann mit, wenn es um einen karitativen Zweck geht.

Interview: Mario Epp

Daran krankt die Justizinitiative

Das Hauptanliegen der Initiative ist zugleich ihre grösste Schwäche: Statt einer demokratischen Wahl durch die Bundesversammlung würde eine obskure Fachkommission über die Zulassung der Kandidaten zu einem Losverfahren entscheiden. Es würde also in einer Lotterie über die Besetzung des obersten Gerichts im Lande entschieden. Die Wahl der Bundesrichter durch die Bundesversammlung – also indirekt durch die Bevölkerung – verleiht ihnen eine starke demokratische Legitimation. Tatsächlichen Korrekturbedarf kann man höchstens bei den Mandatsabgaben ausmachen. Diese können den Anschein der Abhängigkeit der Richter von den Parteien erwecken. Hier setzt eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Beat Walti an, die in der Wintersession behandelt wird.

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Matteo Paolucci führt Suisse Frame seit drei Jahren. Foto: Maxime Jobin

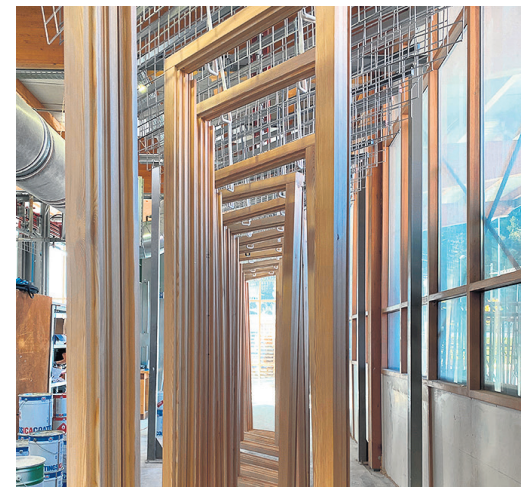


Sie sorgen für den Durchblick

Suisse Frame produziert Schiebetüren



In der Produktion ist wenig Personal nötig.
Fotos: Marco Wölfli



Die Flügel sind bereit für die Lackierung.

CEO Matteo Paolucci stellt mit zehn Mitarbeitern in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Metall her. Das Unternehmen setzt auf einen hohen Automatisierungsgrad, hohe Kundenorientierung und die «Kraft der Leventina».

In der Leventina wird einem nichts geschenkt. Das Tal mit seinen steilen, bewaldeten Bergen ist in erster Linie Transitachse für den Eisenbahn- und Autoverkehr, der von Norden nach Süden und umgekehrt rollt. Im Winter, wenn es in der Leventina bitterkalt wird, ist es einzig der HC Ambrì-Piotta, der mit Siegen die Herzen der Bevölkerung erwärmt. In dieser herausfordernden Umgebung führt Matteo Paolucci seit drei Jahren Suisse Frame als CEO. Das Unternehmen produziert in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Aluminium. In der 3500 m² grossen Produktionshalle riecht es nach frisch geschnittenem Holz und die CNC-Maschine verrichtet geräuschvoll ihre Arbeit.

Holzpreis als Herausforderung

Paolucci führt das Unternehmen mit gerade einmal zehn Mitarbeitenden, was den hohen Automatisierungsgrad von Suisse Frame verdeutlicht. «Dank unserer einfachen Prozesse ist der Weg vom Auftragseingang bis zum fertigen Produkt kurz», sagt der 33-jährige CEO. Suisse Frame wurde vor fünf Jahren von einer Investorengruppe gegründet. Im ersten Jahr wurden 170 Schiebee-

mente hergestellt, dieses Jahr dürften es knapp 1000 werden. Obwohl die Auftragslage im Jahr 2021 bisher sehr gut war, hatte Suisse Frame mit Herausforderungen zu kämpfen, namentlich dem stark gestiegenen Holzpreis. «Im Frühling kostete ein Lkw mit Holz noch 50 000 Franken, mittlerweile sind es 80 000 Franken», erzählt Paolucci. Dazu kämen weitere Preissteigerungen von Lieferanten. Ihm bleibe nichts anderes übrig, als diese Zusatzkosten seinen Kunden weiterzugeben. Diese sind in erster Linie Schreinereien, Baufirmen und Generalunternehmer aus der ganzen Schweiz. Rund 90% des Umsatzes erwirtschaftet Paolucci im Inland, mittelfristig möchte er den Exportanteil aber erhöhen. Insbesondere für Spezialanfertigungen sieht er grosses Potenzial für Suisse Frame.

Vom Polymechaniker zum Firmenchef

Paolucci absolvierte ursprünglich eine Ausbildung als Polymechaniker und arbeitete in verschiedenen Industriebetrieben, daneben bildete er sich stetig weiter. Dass er zu Suisse Frame stiess und mittlerweile als CEO amtiert, bezeichnet Paolucci als Verkettung glücklicher Zufälle. Mittlerweile ist die

Arbeit bei Suisse Frame für ihn mehr als nur ein Job: «Ich freue mich jeden Tag auf die Arbeit. Alle Beteiligten haben eine Vision, die wir gemeinsam verwirklichen wollen.» Die Konkurrenten von Suisse Frame sind hauptsächlich grosse Fensterbauer, das Tessiner Unternehmen hebt sich von ihnen ab, indem es als schweizweit Einziges sich nur auf Schiebetüren fokussiert. Die grosse Stärke von Suisse Frame, den hohen Automatisierungsgrad, möchte Paolucci noch weiter ausbauen, eine Option sei eine automatische Lackiermaschine.

Schon weiter fortgeschritten sind die Pläne zur Datenerfassung. Paolucci und sein Team implementieren derzeit eine Software, die es den Kunden ermöglicht, die Masse ihres gewünschten Schiebeelementes selbst einzutragen und gleich eine Offerte oder sogar eine Auftragsbestätigung zu erhalten. «Damit vereinfachen wir die Administration und die Kunden erhalten eine direkte Rückmeldung», erklärt Paolucci. Dank stetiger Weiterentwicklung behauptet sich das junge Unternehmen mit dem jungen Chef auf dem Markt und will seinen Wachstumskurs fortsetzen. Übrigens sieht Paolucci Piotta keineswegs als Standortnachteil: «Hier haben wir eine günstige Lage für den Transport in die ganze Schweiz und die frische Bergluft fördert die Konzentration.»

Marco Wölfli

Für Paare, die nicht heiraten wollen, soll es eine «Ehe light» geben.



Alternative zur Ehe

Ein freiheitliches und zeitgemässes Anliegen

Am 26. September 2021 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Abstimmungsvorlage «Ehe für alle» angenommen. Ein längst überfälliger Schritt, für den auch die FDP eingestanden ist. Das eigentliche Ziel, nämlich die Erreichung der Gleichstellung zwischen allen Geschlechtern und die Beseitigung aller Diskriminierung bei der Gestaltung der Lebensgemeinschaft, ist damit aber noch lange nicht erreicht. Aus liberaler Sicht sind flexiblere und freiheitlichere Modelle neben der traditionellen Ehe nötig.

In der Schweiz gibt es neben der Ehe (und bis zur Inkraftsetzung der «Ehe für alle» noch die eingetragene Partnerschaft) kein weiteres Modell einer Lebensgemeinschaft für Paare, das rechtlich institutionalisiert ist. Leben zwei Personen in einem Konkubinat, ist die Beziehung rechtlich kaum abgesichert: Das Regeln der Erbeinsetzung, Altersvorsorge, Pensionskasse, Elternschaft und vieles mehr muss einen zeit- und kostenaufwendigen bürokratischen Prozess durchlaufen. So hat etwa eine langjährige Lebenspartnerin ohne Patientenverfügung nicht das Recht, ihren verunfallten Lebenspartner auf der Intensivstation zu besuchen. Auch

fallen im Konkubinat in den meisten Kantonen erhebliche Schenkungs- und Erbschaftssteuern an. Viele Paare wünschen sich zwar Sicherheit und damit eine Lebensgemeinschaft in einem gewissen formalisierten Rahmen. Gleichzeitig möchten sie sich aber oft nicht dem zivilrechtlichen Institut der Ehe mit all ihren Rechtsfolgen unterwerfen. Ständerat Andrea Caroni hat die Thematik bereits 2015 durch ein Postulat auf die politische Agenda gesetzt (Postulat Nr. 15.3431).

Gerade aus liberaler Sicht ist es zentral, allen Menschen den grösstmöglichen Entfaltungsspiel-



Laura Bircher setzt sich für freiheitliche Lebensmodelle ein.

raum in die Hände zu geben. Das muss auch für die Gestaltung des persönlichen Modells der Lebensgemeinschaft gelten. Die Ehe ist vielen Menschen zu verbindlich, zu einengend oder wird aus finanziellen Gründen abgelehnt, weshalb eine Alternative zur Ehe nötig ist.

Vorbild in Frankreich

Ein Beispiel eines alternativen Modells einer Lebensgemeinschaft finden wir in Frankreich mit dem bereits im Jahr 1999 eingeführten Solidaritätspakt «Pacs». Was ursprünglich als Alternative zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt wurde, erfreut sich mittlerweile mehrheitlich bei heterosexuellen Paaren an Beliebtheit. Das Verfahren ist einfach und schlank. Eine schriftliche Erklärung bei einem Amtsgericht oder Rathaus reicht für den Abschluss und die Auflösung des Solidaritätspaktes aus. Es gibt keine gesetzlich vorgeschriebene mehrjährige Trennungsphase, keine teure Scheidungsverhandlung und kein nachehelicher Unterhalt. Dafür ein Versprechen der gegenseitigen Solidarität, ein schnelles und unkompliziertes Verfahren und gleichwohl Vorteile bei Erb- und Steuerangelegenheiten wie bei der Ehe. Auch betreffend Besuchs- und Informationsrechte im Krankenhaus sind «Verpacste» den Ehegatten gleichgestellt. Der «Pacs» lässt aber auch Raum für individuelle Gestaltungen, wie beispielsweise bei der Frage des Güterstandes.

Passendes Modell für jedes Paar

Ein solches Modell würde einen zeitgemässen Mittelweg darstellen. Die in den letzten Jahrzehnten durch den gesellschaftlichen Wandel gewachsene Kluft zwischen den Lebensformen und dem Familienrecht wurde mit der «Ehe für alle» etwas entschärft – bleibt aber bestehen. Es ist ein freiheitlicher Gedanke, dass sich Paare ihr Modell der Lebensgemeinschaft frei aussuchen können. Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut.

Laura Bircher

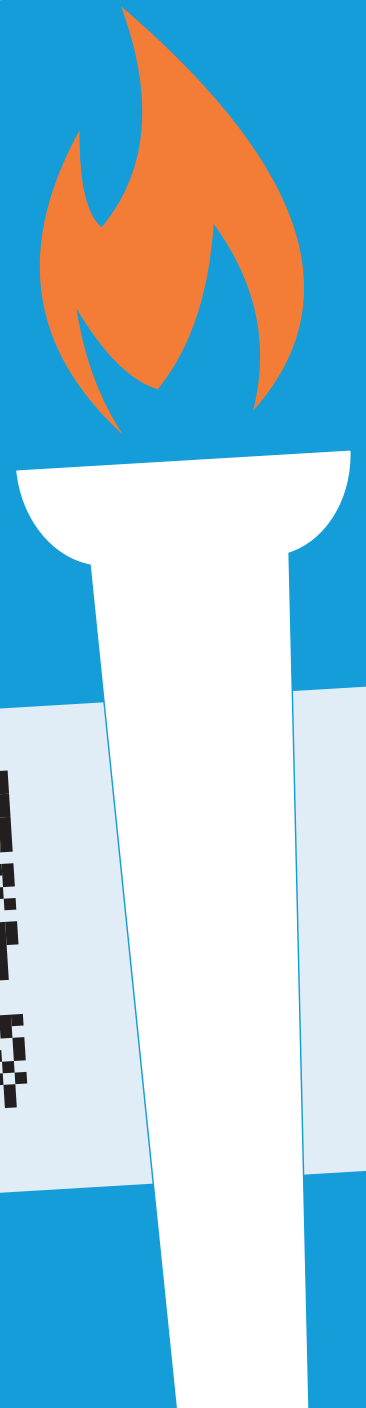
Mentee im Mentoring-Programm, Mitglied des Grossen Gemeinderats Muri b. Bern, Vizepräsidentin FDP Mittelland Nord

**Ein Wahlsieg im 2023
fällt uns nicht
in den Schoss!**

Entfachen wir
das **liberale Feuer.**



Scann mich!



#teamFDP

FDP
Die Liberalen

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

Revision des Covid-19-Gesetzes



NEIN

Justizinitiative



NEIN

Pflegeinitiative

AGENDA

12. Februar 2022

Delegiertenversammlung

25. Juni 2022

Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022

Delegiertenversammlung

Fraktionsausflug

Fraktionsausflug in den Aargau



Die Nationalräte Beat Walti, Daniela Schneeberger und Petra Gössi im PSI. Foto: Désirée Dittes

Der diesjährige Fraktionsausflug führte die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie zahlreiche Gäste in den Heimatkanton des neuen Parteipräsidenten Thierry Burkart. Die rund 130 Personen besuchten zuerst das Paul-Scherrer-Institut in Villigen, wo sie sich über die dortige Spitzenforschung informierten. Danach begab sich die Gruppe auf Schloss Lenzburg, wo in historischer Ambiance Apéro und Nachtessen stattfanden.

FDP-Sternwanderung

«L'Elisir del Vitta» erobert Thun

Die FDP-Sternwanderung Ende August in Thun bot den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch die Gelegenheit, einen Schluck Tessin zu degustieren. Eine Delegation der FDP Tessin offerierte den anwesenden Freisinnigen einen Grappa namens «L'Elisir del Vitta». Dieser Grappa ist dem Tessiner FDP-Staatsrat Christian Vitta gewidmet, dessen grosse Anstrengungen an der «Front» der Covid-19-Pandemie sehr geschätzt werden. Wer den Grappa aus Tessiner Merlot-Trauben auch versuchen möchte, kann seine Flasche unter info@plrt.ch oder mit dem QR-Code bestellen. Eine Flasche kostet 30 Franken, exkl. Versandkosten.



Von links: Andrea Nava, Sekretär FDP Tessin, Fanny Noghero, Generalsekretärin FDP Schweiz, Petra Gössi, Nationalrätin, Zaira Lazzari, Vorstand FDP Frauen Tessin, Laura Codioli, Mitarbeiterin FDP Tessin, und Massimo Schira, Kommunikationschef FDP Tessin

Hier können Sie Ihren
Grappa bestellen.

A benefico!



Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



FREIHEIT

AM 28. NOVEMBER **JA**
ZUM COVID
GESETZ

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



FDP
Die Liberalen